

# **Grundlagen, Leistung und Schwächen der Herrschaft Chruščëvs 1957-1964**

von MARKUS PICCIO, Göttingen

## **Einleitung**

Diese Arbeit über die Herrschaft Chruščëvs in den Jahren zwischen der Überwindung seiner politischen Kontrahenten in der Junikrise 1957 und seines Sturzes im Oktober 1964 versucht nachzuweisen, daß Chruščëv keineswegs der allmächtige und unumstrittene einer staatslenkenden monolithischen Partei war, als der er vielfach nach 1957 angesehen wurde. Es soll aufgezeigt werden, welche Interessen er in seiner Politik berücksichtigen mußte, wo eventuelle Gegner zu erwarten waren und mit welchen Mitteln er schließlich seine politischen Vorstellungen durchzusetzen versuchte.

Dabei wird bewußt von dem Versuch einer Beschreibung seiner Persönlichkeit abgesehen, da diese als nicht bestimmend für die Art der Herrschaft Chruščëvs unter dem Aspekt dieser Arbeit angesehen wird. Der vielbeachtete Schuh-Auftritt vor der UNO im Oktober 1960 mag zwar imposant erscheinen, trägt aber nur anekdotischen Charakter und birgt wenig historischen Erkenntniswert. Vielmehr soll versucht werden, Chruščëv als Produkt historischer Umstände zu begreifen. Dazu muß man von seiner politischen Biographie ausgehen.

Da der Rahmen und das Thema der Arbeit in ihrer Zusammenwirkung einen chronologischen Zugriff nahezu unmöglich machen, wurde größtenteils auf einen solchen verzichtet. Lediglich an zwei konkreten Beispielen wurde auf diese Art versucht, die zuvor gemachten Ausführungen zu belegen.

Auf die Heranziehung von Primärquelle (Reden, Zeitschriften u.ä.) wurde weitestgehend verzichtet, da sie wenig Aufschlüsse über Herrschaftstechniken versprachen. Interessant wären in dieser Hinsicht Protokolle der Präsidiumssitzungen, die aber nicht zugänglich sind. Deshalb wurde versucht, für den Zweck dieser Arbeit Fakten aus der relativ weit gestreuten und teilweise sehr speziellen Sekundärliteratur herauszuziehen und sie in einer Synthese zusammenzuführen.

## **1. Zur politischen Biographie Chruščëvs**

Wer war der Mann, der die Nachfolge Stalins antreten sollte, nachdem er sich 1957 der stärksten Konkurrenten um den ersten Platz in Partei und Staat entledigt hatte? Eigentlich

nichts in seiner Biographie deutete zunächst darauf hin, daß Chruščev einmal Stalin von seinem Sockel, den er sich zu Lebzeiten bauen ließ, stürzen sollte. Das genaue Gegenteil wäre eigentlich zu erwarten, wenn man ihn bis zu Stalins Tod als Vertreter des Typus des höheren Parteifunktionärs sehen wollte.

Nikita Sergeevič Chruščev<sup>1</sup> wurde am 17. April 1894 als Sohn eines Gruben- und Landarbeiters geboren, war zunächst Dorfhirte, lernte dann Schlosser und arbeitete in Fabriken und Bergwerken. Kurz nach der Oktoberrevolution trat er in die Kommunistische Partei ein und kämpfte im Bürgerkrieg in der Roten Armee. Nach dem Bürgerkrieg begann sein Aufstieg in der Parteihierarchie: Am Anfang standen seine Ernennung zum stellvertretenden Grubenleiter in seiner Heimatstadt Jusowka im ukrainischen Donezbecken und sein Studium an der Arbeiterfakultät 1922. Nahm er am XIV. Parteitag 1925 noch als Delegierter mit beratender Stimme teil, so besuchte er zwei Jahre später den XV. Parteitag schon als vollstimmberechtigter Delegierter. 1928 stieg er als stellvertretender Leiter der Organisationsabteilung in den ZK-Apparat der ukrainischen Parteiorganisation auf. Im darauffolgenden Jahr begann er ein Studium an der Stalin-Industrieakademie in Moskau und übte gleichzeitig die Funktion des Sekretärs der Parteiorganisation an dieser Akademie aus. Sein Engagement zugunsten der stalinschen „Generallinie“ in der Auseinandersetzung mit den Anhängern Bucharins an der Akademie zeichneten ihn wahrscheinlich in den Augen Stalins aus, der seinerseits wohl von seiner Frau Nadežda Allilueva, die zur selben Zeit an der Akademie studierte und sich in der Parteiorganisation betätigte, auf den 35jährigen aufmerksam gemacht wurde<sup>2</sup>. Dies wird deutlich bei der Betrachtung seines weiteren Aufstiegs: 1934 Mitglied des ZK der KPdSU(B), 1935 Erster Sekretär des Gebiets- und Stadtkomitees von Moskau und Kandidat des Politbüros<sup>3</sup>. Anfang 1938 schließlich wurde er wieder in die Ukraine geschickt, um den dortigen Ersten Sekretär der KP Kossior zu ersetzen, der 1939 erschossen wurde. Von Chruščevs Tätigkeit in der Ukraine wissen wir außer dem, was er selbst dazu sagte, wenig<sup>4</sup>. So, wie er die Ereignisse schildert, scheinen bei seinem Eintreffen in Kiew die Säuberungen in der ukrainischen KP schon abgeschlossen gewesen zu sein: „Die Säuberung der Partei war

<sup>1</sup> Zur Biographie Chruščevs vgl. vor allem seine Memoiren: Strobe TALBOTT (Hg.), Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren. Reinbek 1992.

<sup>2</sup> Die Zeit an der Stalin-Industrieakademie wird von Chruščev selbst ziemlich unbefangen geschildert in: TALBOTT (Anm. 1), S. 55-68.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 66-67. Über seine dortige Tätigkeit, die vor allem die Aufsicht über die Arbeiten an der Metro beinhaltete: ebenda, S. 69-78.

vollkommen gelungen. (...) Wir mußten ganz von vorne anfangen.“<sup>4</sup> Die Verhaftungen, die nach seinem Eintreffen vorgenommen wurden, scheint Chruščev zu bedauern und beteuert seinen Glauben an diese Leute und ihre Integrität<sup>6</sup>. Eine eigene Verstrickung in den stalinschen Terror erwähnt er nicht. Vielmehr stellt er sich selbst - quasi zusammen mit der breiten Volksmasse - als (fast) Unwissenden dar, der der Diktatur einer anonymen Maschinerie ausgeliefert war, die von einigen Verbrechern an der Staats- und Parteispitze in Gang gesetzt worden war: „Dann begann auch schon bald der politische Terror. In dessen Maschinerie bekam ich nur ganz gelegentlich einen kurzen Einblick.“<sup>7</sup> - „In diesem Zeitraum [nach 1936 - M.P.] verlor die Partei ihre Autorität und geriet unter die Herrschaft der NKWD.“<sup>8</sup> Wie man sich leicht vorstellen kann, entspricht die Chruščevsche Version wohl nicht der Wahrheit. Zum einen wurde ja sein eigener Aufstieg durch die Säuberung der Partei von alten Kadern ermöglicht, zum anderen hat er sich selbst seit der Arbeit in der Parteizelle der Industrie-Akademie mit Parteisäuberungen befaßt. Schließlich aber waren ihm seit der Tätigkeit in der Ukraine 1938 die Methoden bekannt, mit denen die NKVD-Organen „Partei-, und „Volksfeinde“ behandelte und derer immer neue (er) fand<sup>9</sup>. Um der Gerechtigkeit willen muß aber auch gesagt werden, daß Chruščev, nach all dem, was bekannt ist, kein ausgenommen blutgieriger Parteifunktionär war. Er hat wahrscheinlich nicht besser, aber auch nicht schlechter gehandelt als viele andere Funktionäre in den Jahren des Terrors. Sein Vorteil nach Stalins Tod sollte jedoch sein, daß sein Name nicht mit spektakulären Säuberungsaktionen verknüpft werden konnte wie der anderer Präsidiumsmitglieder<sup>10</sup>.

Nachdem am 17. September 1939 die Rote Armee gemäß dem Hitler-Stalin Pakt in Ostpolen einmarschiert war, beschäftigte sich Chruščev mit der Eingliederung der südlichen Teile Ostpolens in die Ukraine; den Vorgang der Besetzung nennt er „Erwerbung“<sup>11</sup>. 1941 dann, wie Talbott ausführt, „als die Deutschen in die Ukraine einrückten, wurde Chruschtschow über Nacht vom obersten Herrscher über dieses riesige, reiche Land, die Kornkammer der Sowjetunion und ihr wichtigstes industriegebiet, zum Vertreter des Politbüros im Haup-

---

<sup>4</sup> Vgl. Ebenda, S. 97-125.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 110.

<sup>6</sup> Vgl. seine Schilderung des Falles Lukašev, ebenda, S. 111.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 87.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>9</sup> Vgl. wiederum den Fall Lukašev (Anm. 6).

<sup>10</sup> So auch Roy A. MEDVEDEV; Zhores A. MEDVEDEV, Khrushchev. The Years in Power. N.Y.1976, S. 17.

<sup>11</sup> TALBOTT (Anm. 1), S. 138.

tquartier an der Front“<sup>12</sup>. Chruščev sollte neben Ždanov in Leningrad das einzige Politbüromitglied sein, das den Krieg in den Stäben unmittelbar an der Front verbrachte und an wichtigen Operationen teilnahm, darunter an der Schlacht um Charkov 1942 und an der um Stalingrad 1943. Aus dieser Zeit rührten auch seine guten Kontakte her zu hohen Militärs, auf die er in den 50er Jahren zurückgreifen konnte<sup>13</sup>.

Nach der Befreiung der Ukraine widmete Chruščev sich in seinen Funktionen als Erster Sekretär der ukrainischen KP und als Vorsitzender des ukrainischen Rates der Volkskommissare (bzw. des Ministerrates) dem Wiederaufbau des zerstörten Landes<sup>14</sup>. Eine Dürreperiode 1946 führte jedoch zu einer Mißernte und einer Hungerkatastrophe in der Ukraine. Dies diskreditierte Chruščev in den Augen Stalins, so daß er Anfang 1947 als Erster Sekretär der ukrainischen Partei durch Kaganovič ersetzt wurde. Trotzdem behielt er seine Posten als Politbüromitglied und ukrainischer Ministerratsvorsitzender. Ende des Jahres jedoch wurde Kaganovič wieder abberufen und Chruščev als Erster Sekretär wieder eingesetzt<sup>15</sup>. Seine Tätigkeit in der Ukraine dauerte bis Dezember 1949, als er durch Planerfüllungen Stalins Vertrauen wieder gewonnen hatte und nach Moskau zurückberufen wurde. Hier ersetzte er den Ersten Parteisekretär des Moskauer Gebiets- und Stadtkomitees G.M. Popov, der einer Verschwörung gegen das ZK bezichtigt wurde<sup>16</sup>, und wurde zusätzlich in das Sekretariat des ZK aufgenommen.

Als Stalin am 5. März 1953 starb, war die Frage seiner Nachfolge völlig ungeklärt. Er selber hatte aus Angst vor potentiellen Rivalen keinen Nachfolger designiert, und auch vom formalen Aspekt her war sein Tod nicht eingeplant: Als Generalsekretär hatte Stalin die Partei regiert, seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hatte er auch den Vorsitz im Rat der Volkskommissare (bzw. Ministerrat) inne gehabt. Die Geschicke des Staates entschied er entweder allein oder im Gespräch mit einzelnen Mitgliedern des Politbüros; die Regierungsorgane hatten mehr oder weniger lediglich formellen Charakter und selbst die Partei als Entscheidungsgremium war ausgeschaltet worden, hatte doch zwischen 1939 und 1952, also über einen Zeitraum von 13 Jahren, kein Parteitag stattgefunden, kaum häufiger fanden Plena des

<sup>12</sup> Ebenda, S. 161, die Aufzeichnungen zur Kriegszeit: ebenda, S. 161-209.

<sup>13</sup> Vgl. Raymond L. GARTHOFF: Khrushchev and the Military, in: Alexander DALLIN; Alan F. WESTIN (Hg.), Politics in the Soviet Union. 7 Cases. N.Y. u.a. 1966, S. 243-274, hier S. 251f.

<sup>14</sup> Zu dieser Periode: TALBOTT (Anm. 1), S. 210-225.

<sup>15</sup> Vgl. auch MEDVEDEV (Anm. 10), S. 47-50.

<sup>16</sup> TALBOTT (Anm. 1), S. 227.

Zentralkomitees statt. So gab es für die Prätendenten um die Führung nach Stalins Tod mehrere Möglichkeiten der Machtbildung, von denen nicht klar war, welche letzten Endes den Erfolg garantieren könnte. Drei Säulen der Macht sind zu diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion auszumachen: Erstens auf der staatlichen Ebene der Regierungsapparat, dann auf einer quasi gesellschaftlichen Ebene der Parteiapparat und schließlich die Sicherheitsorgane, die sich unter Stalin weitgehend verselbständigt und jeglicher Kontrolle von außen entzogen hatten. Das Militär kann nicht als eine eigenständige Machtbasis angesehen werden, da zu diesem Zeitpunkt von einer relativ stabilen innenpolitischen Lage ausgegangen werden kann und die Armee ausreichend in Staat und Gesellschaft integriert war, weil sie von der Partei auf jeder Ebene durchsetzt war. Als eigenständiger Akteur kommt das Militär eigentlich nur in Betracht in länger anhaltenden Perioden politischer Orientierungslosigkeit und wenn ein Machtvakuum besteht. Diese Voraussetzungen trafen aber für die Sowjetunion nach Stalins Tod nicht zu. Von den zehn Vollmitgliedern des Präsidiums waren aber lediglich drei ernstzunehmende Bewerber um die Führung von Staat und Partei: Berija, der das Ministerium für Staatssicherheit (MGB) leitete, das er nach Stalins Tod mit dem Innenministerium verschmolz, Malenkov, der nach Stalins Tod den Vorsitz im Ministerrat übernahm und als wahrscheinlichster Nachfolger Stalins galt<sup>17</sup> und schließlich Chruščev selbst, über den die Brüder Medvedev sagen: „No one either within the Party or in the country had the foresight to regard Khrushchev as a major figure in Soviet leadership.“<sup>18</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Chruščev lediglich eines von fünf Präsidiumsmitgliedern, und nach der Rangordnung (Malenkov, Berija, Molotov, Vorošilov, Chruščev) sogar nur der geringste unter ihnen. Allerdings war es für Chruščev von Vorteil, daß er von seinen Aufgaben im Moskauer Gebiets- und Stadtkomitee befreit wurde, damit er sich ganz seiner Tätigkeit im Sekretariat des ZK widmen konnte. Somit war Chruščev nach Malenkovs Ausscheiden aus dem Sekretariat am 14.03.53 der einzige, der gleichzeitig einen Sitz im Sekretariat und im Präsidium innehatte. Ein Umstand, dessen Tragweite klar wird, wenn man bedenkt, daß das Sekretariat sämtliche Vorarbeiten für das Präsidium leistete, das dann nur noch über diese Dinge abstimmte, und daß das Sekretariat im Unterschied zum Präsidium in Permanenz tagte<sup>19</sup>. Als eigentliches Triumvirat galten zu dieser Zeit Malenkov als

<sup>17</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 4-5, Donald FILTZER, *The Khrushchev Era. De-Stalinisation and the Limits of Reform in the USSR, 1953-1964* (= *Studies in European History*). London 1993, S. 7.

<sup>18</sup> MEDVEDEV (Anm. 10), S. 4.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, S. 4-5.

Ministerpräsident und Berija und Molotov als seine beiden Stellvertreter. Da aber Berija wegen seiner Verfügungsgewalt über die Sicherheitsorgane als zu gefährlich galt und sich unter den Präsidiumsmitgliedern Befürchtungen breit machten, er könne sich ihrer bedienen, um in Nachfolge Stalins eine persönliche Diktatur zu errichten, verschworen sich die übrigen Präsidiumsmitglieder gegen ihn. Am 26.06.53 wurde Berija mit Hilfe des Militärs verhaftet und kurze Zeit später liquidiert. Das Sicherheitsministerium wurde wieder geteilt und das Ministerium für Staatssicherheit umgewandelt in ein „Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR“ (KGB).

Die nächste Verschiebung im Machtgefüge, die aber lediglich symbolischen Charakter trug, trat am 7.09.53 ein, als Chruščev zum Ersten Sekretär des ZK ernannt wurde. Die politische Auseinandersetzung führte in den nächsten Jahren Chruščev, der sich auf die Partei, und Malenkov, der sich auf den Regierungsapparat stützte. Um diese Auseinandersetzung zu verstehen, muß man sich die Lage der Sowjetunion 1953 klarmachen: Das Land befand sich, trotz der Erfolge beim Wiederaufbau nach dem Kriege, nicht nur in einer politischen, sondern auch in einer ökonomischen und sozialen Krise. Dies wurde, entgegen früheren Behauptungen, von den politischen Führern erstmals auf dem Juliplenum 1953 zugegeben<sup>20</sup>. Wollte man sich der Unterstützung der Bevölkerung versichern ohne auf den Terror zurückzugreifen, der kontraproduktiv geworden war, so mußte man ihr Lebensniveau erhöhen, zumal nach den Entbehrungen der Kriegszeit, die nach dem Krieg nicht erheblich gemildert worden waren. Zwar war die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt schon unbestreitbar eine Industriegesellschaft, aber eine, deren Wohl und Wehe in empfindlichen Maße von den Ernteerträgen der Landwirtschaft abhing. Malenkov plädierte für eine Steigerung der Konsumgüterproduktion und eine Erhöhung der Agrarpreise, was aber eine Investitionsumlenkung zu Lasten der Verteidigungs- und Schwerindustrie bedeutete. Dies mußte zu einer Verstimmung bei den betroffenen Interessengruppen führen und bot Chruščev einen Angriffspunkt in seiner Auseinandersetzung mit Malenkov, der am 08.02.55 auf das Amt des Ministerratsvorsitzenden verzichtete, seinen Präsidiumssitz aber behielt<sup>21</sup>. Chruščev hingegen, der sich auch der zentralen Bedeutung der Landwirtschaft im Wirtschaftsgefüge der Sowjetunion bewußt war, trat für eine Extensivierung der Landwirtschaft ein: Die Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten sollte durch

---

<sup>20</sup> FILTZER (Anm. 17), S. 9 u. 13.

<sup>21</sup> Vgl. Jerry F. HOUGH; Merle FAINSOD, *How the Soviet Union is Governed*. Cambridge/Mass. 1979, S. 206-209, Martin McCAULEY, *The Soviet Union Since 1917*. London, N.Y. 1981, S. 170-172.

Urbarmachung von Millionen Hektar Brachland in der Steppe Kazachstans gesichert werden, wobei keine Investitionen aus der Schwer- und Verteidigungsindustrie abgezogen werden sollten. Dieses Konzept ermöglichte Chruščev die Bildung einer Koalition zu seiner Unterstützung im Kampf gegen Malenkov, zumal das Ernteergebnis von 1954 ihm Recht zu geben schien. Eine andere Erklärung für den Rücktritt von Malenkov wäre allerdings die von den Brüdern Medvedev gegebene, daß bei der Aufklärung der Leningrader Affäre nach der Verhaftung Berijas auch Malenkovs Verstrickung darin aufgedeckt worden war. Vieles würde dafür sprechen, daß Malenkovs Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten als taktischer Rückzug im politischen Kampf zu sehen ist; die Konstruktion einer „Verschwörergruppe Berija-Malenkov“ hätte für Malenkov zumindest politisch die Vernichtung bedeuten können<sup>22</sup>.

War es nach 1953 vor allem Berija, dem als Sündenbock alle Verbrechen und Unzulänglichkeiten der Stalinzeit angelastet wurden, so war die Kritik an Stalin selbst sehr verhalten und auch auf die Zeit nach dem Krieg beschränkt<sup>23</sup>. Die politischen Führer waren sich dessen bewußt, daß sie ihren Aufstieg der Nähe zu Stalin verdankten, noch dazu lagen die Lobpreisungen des „Vožd“ durch sie selbst nicht so lange zurück, daß es keinen Legitimitätsverlust im Volk für sie bedeutet hätte, hätten sie Stalin öffentlich attackiert: „Es war so, als seien uns durch unsere eigenen Taten unter der Führung Stalins die Hände gefesselt und als könnten wir uns auch nach seinem Tod nicht von seiner Macht befreien.“<sup>24</sup> Warum kam es trotzdem auf dem XX. Parteitag 1956 zur Generalabrechnung mit Stalin in Chruščevs berühmter „Geheimrede“? Am ehesten ist wohl von einem Bündel von Faktoren auszugehen. Indem der Personenkult<sup>25</sup> in der Rede angegriffen wurde, sollten die Parteifunktionäre beruhigt und das Prinzip der kollektiven Führung festgeschrieben werden, damit nicht wieder ein einzelner eine Diktatur über Partei und Staat errichten könnte. Zweitens sollte die Moral der Bevölkerung (und damit auch ihre Arbeitsmoral) gestärkt werden durch die demonstrative Abkehr vom System des stalinistischen Terrors, da die ökonomische Krise noch nicht überwunden war. Ein persönlicher Grund für Chruščev, die Rede zu halten, könnte die Absicht gewesen sein, mit der Verurteilung Stalins auch die politische Prominenz der Stalinzeit zu desavouieren und sich dem Volk als Mann des neuen Kurses zu präsentieren, da er zu Stalins Lebzeiten keine heraus-

<sup>22</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 53f; Talbott (Anm. 1), S. 323.

<sup>23</sup> Vgl. McCauley (Anm. 21), S. 169.

<sup>24</sup> TALBOTT (Anm. 1), S. 320.

<sup>25</sup> Deshalb auch der Titel der Rede „O kul'te ličnosti i ego posledstvijach“.

ragende Stellung hatte und folglich auch nicht mit den stalinschen Repressionen assoziiert wurde.

Obwohl die Attacken auf Stalin nach den Ereignissen in Ungarn 1956 bis zum XXI. Parteitag 1961 weitgehend verschwanden, hatte Chruščev mit seiner Rede deutlich die Initiative übernommen und Ansprüche auf die führende Position geltend gemacht. Daraus und durch die hohen Erwartungen, die Chruščev mit seinen Versprechungen von wirtschaftlichen Erfolgen im Volk weckte, bildete sich eine Opposition im Präsidium gegen ihn, die geradezu die Nagelprobe für den neuen Stil in der Politik werden sollte<sup>26</sup>.

Nach einem Auslandsaufenthalt wurde Chruščev am 18.06.57 in den Kreml zu einer Präsidiumssitzung gerufen, die drei Tage dauern sollte; hier wurde er mit Vorwürfen bezüglich der Errichtung eines eigenen Personenkultes und der Verbreitung utopischer Versprechen gegenüber der Bevölkerung konfrontiert. Mit 8:4 Stimmen forderte man den Rücktritt Chruščevs von seinen Ämtern. Die Verschwörer aber hatten ihren Coup schlecht vorbereitet und mußten Chruščevs Forderung entsprechen, diese Frage von einer Plenum des ZK entscheiden zu lassen. Mit Hilfe des Militärs (besonders aber Marschall Žukovs) gelang es, die ZK-Mitglieder einfliegen zu lassen, so daß am 21.06.53 ein achttägiges ZK-Plenum beginnen konnte, von dem sich Chruščev eine Mehrheit zu seinen Gunsten erhoffte. Chruščevs Kalkül ging vor allem auf, weil die ZK-Mitglieder zumeist Chruščev als Erstem Sekretär ihre Position verdankten und er auch viel mehr in die Parteiarbeit selbst involviert war, als die anderen Präsidiumsmitglieder<sup>27</sup>. Das ZK-Plenum verabschiedete eine Resolution, die Molotov, Malenkov, Kaganovič und Šepilov zur parteifeindlichen Gruppe erklärte und ihre Entfernung aus den jeweiligen Funktionen, nicht aber den Ausschluß aus der Partei festlegte. Außerdem wurde das Präsidium von 11 Vollmitgliedern auf 15 und von 7 Kandidaten auf 9 vergrößert, was Chruščevs Position stärkte, da das Präsidium nunmehr nicht von Regierungs-, sondern von Parteifunktionären dominiert wurde<sup>28</sup>. Diese Resolution zeigt aber nicht nur den Sieg Chruščevs über seine politischen Gegner, sondern dokumentiert auch einen gewichtigen Wechsel der Mittel im politischen Kampf: Während zu Zeiten Stalins die geschlagene Partei ihre politische Niederlage kaum längere Zeit überlebt hätte, war jetzt nicht einmal ein Partei-

<sup>26</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 76; FILTZER (Anm. 17), S. 30.

<sup>27</sup> Vgl. FILTZER (Anm. 17), S. 30; HOUGH, FAINSOD (Anm. 21), S. 204.

<sup>28</sup> Vgl. die Darstellung der „Juni-Krise“ bei Carl A. LINDEN, *Khrushchev and the Soviet Leadership 1957-1964*. Baltimore 1966, S. 40-57, sowie eine illustrativere Version bei McCauley (Anm. 21), S. 178-180.



ausschluß möglich, den Chruščev sicher gern gesehen hätte. Hierin wird der Wille auch der ZK-Mitglieder zur Abkehr von stalinistischen Methoden der politischen Auseinandersetzung offenbar.

Erst nach der „Juni-Krise“ von 1957 und der Ausschaltung seiner politischen Gegner durch Chruščev kann man eigentlich von einer „Führung Chruščevs“ im Sinne der Fragestellung dieser Arbeit sprechen. Besonders für westliche Beobachter sah es zunächst so aus, als hätte sich mit dem Sieg Chruščevs über seine Kontrahenden um die Führung der Sowjetunion der für die UdSSR angenommene Zyklus der Nachfolgekrisen<sup>29</sup> geschlossen und als ob dies Ereignis den Beginn einer neuen Ein-Mann-Diktatur bedeutete. Daß dem nicht so gewesen ist, sondern daß Chruščev sich auch nach 1957 gegen verschiedene Strukturen und Interessen durchsetzen mußte, soll in den nächsten Kapiteln gezeigt werden.

## 2. Das politische Programm Chruščevs

Strittig ist immer noch die Frage, ob Chruščev nach Stalins Tod eine durchdachte und umfassende Reformvision besaß, oder ob die von ihm durchgeführten Reformen vornehmlich dem Machtgewinn und dann dem Machterhalt dienten<sup>30</sup>.

Am einfachsten wäre diese Frage zu untersuchen, wenn Chruščev nach Stalins Tod eine Art „Regierungsprogramm“ vorgelegt hätte. Doch ein solches Programm existiert nicht, da auch Chruščevs Aufstieg zum ersten Mann in Partei und Staat sich nicht durch eine Wahl vollzogen hat, sondern eher durch sukzessives Ausscheiden seiner Mitbewerber um die Führungsposition. Noch einmal sei betont, daß Chruščev 1953 weder im Westen noch in der Sowjetunion selbst als Stalins Nachfolger gehandelt wurde.

Wenn man von dem Fehlen eines umfassenden Reformkonzeptes ausgeht, bedeutet das aber nicht, daß man nicht von einem gewissen politischen Konzept Chruščevs sprechen könnte, dessen Elemente sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten offenbarten. Nicht zuletzt stellte der Stalinismus ein abgeschlossenes System dar, das nicht punktuell, unter Ausblendung aller restlichen Bereiche, reformierbar war.

<sup>29</sup> Vgl. dazu LINDEN (Anm. 28), S. 2-3.

<sup>30</sup> Siehe zuletzt die Auseinandersetzung zwischen Taubman und Yanov in: Robert O. CRUMMEY (Hg.), *Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects*. Urbana, Chicago 1989, S. 144 bzw. 160, die letztlich darauf hinausläuft, daß Chruščev kein zusammenhängendes Programm besaß.

Reformbedarf war als Erbe der Stalinzeit nahezu überall vorhanden. Für den Wiederaufbau nach dem Krieg flossen zwar gewaltige Mittel, aber sie kamen hauptsächlich der Schwer- und Produktionsgüterindustrie zugute, so daß die Ziele des vierten Fünfjahrplans auch nur hier erreicht wurden. Der Lebensstandard der Bevölkerung stagnierte vielfach seit 1945, gerade in den befreiten Gebieten und auf dem Dorf.

Die landwirtschaftliche Produktion hatte 1953 gerade einmal 104% des Niveaus von 1940, dem letzten Friedensjahr also, erreicht<sup>31</sup>, wobei berücksichtigt werden muß, daß die städtische Bevölkerung dadurch gewachsen war, daß viele Soldaten bäuerlicher Herkunft nach der Demobilisierung nicht in die Kolchosen zurückgekehrt waren. Die staatliche Preispolitik und hohe Steuern auf die privaten Nebenwirtschaften der Kolchosmitglieder taten ein übriges, um die Versorgungslage nach 1945 weiterhin angespannt zu halten.

Die Landwirtschaft war der günstigste Ansatzpunkt für Chruščev: Wenn hier die Erträge gesteigert werden könnten, bedeutete das eine Hebung des Lebensstandards für die Bevölkerung, die sich legitimitätssteigernd für das Regime auswirken konnte. Chruščev bot sich durch seine erfolgreiche Politik der Zusammenlegung von kleinen leistungsschwachen zu effektiveren Kolchosen und auch durch seinen Sieg im Politbüro in der Auseinandersetzung über Winter- contra Sommerweizen als Fachmann für Landwirtschaftsfragen und kompetenter Problemlöser auf diesem Gebiet an<sup>32</sup>. In Chruščevs Konzept sollten die Intensivierung und mit dem Neulandprogramm, das lediglich als temporäre Maßnahme zur Überbrückung akuter Engpässe gedacht war, die Extensivierung der Landwirtschaft als die beiden Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge kombiniert werden. Die sensationelle Ernte von 1956 in den Neulandgebieten schien Chruščev Recht zu geben und stärkte seine Position, gleichzeitig aber verknüpfte sich sein politisches Schicksal mit den Erfolgen oder Mißerfolgen in der Landwirtschaft.

Wichtig bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität war - nicht allein in der Landwirtschaft - die Motivation der Arbeiter. Chruščev war davon überzeugt, daß eine Forcierung des stalinischen Zwangssystems nicht die gewünschten Ergebnisse erbringen würde, und setzte auf eine Politik der materiellen Anreize und der Verschiebung von Verantwortlichkeit auf die unteren Entscheidungsebenen und versuchte, Masseninitiative anzuregen.

---

<sup>31</sup> MEDVEDEV (Anm. 10), S. 30.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, S. 34.

Chruščev wollte die führende Rolle der Partei in der Sowjetunion wiederherstellen. Der Anspruch auf diese Rolle leitete sich aus den Überlegungen Lenins her und wurde bis 1991 nicht aufgegeben. Tatsächlich aber verkümmerte die Partei mit Stalins Aufstieg zum Transmissionsriemen der Weisungen des „vožd““. Um die Partei wieder zu revitalisieren, was gleichzeitig auch Ausdruck chruščevscher Machtpolitik war, sollten ihr Leitungsfunktionen im Wirtschaftsbereich übertragen werden, sie sollte „eine rational begründbare, notwendige Aufgabe (erhalten), die sie zugleich über die anderen Apparate hinaushob“<sup>33</sup>. Ein weiteres Mittel zur Erzeugung von Legitimität für die Partei und auch zur moralischen (Wieder-)Begründung ihrer Führungsrolle waren die Abkehr vom Stalinkult, der weitgehende Abbau des Lagersystems und die Rehabilitierung vieler Opfer der Verfolgungen der 30er Jahre. Dieser Prozeß, allgemein als Entstalinisierung bezeichnet, setzte zwar schon nach Stalins Tod ein, erreichte aber nach Chruščevs „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag 1956 ungeahnte Ausmaße; diese Rede und das danach einsetzende „Tauwetter“ verschafften der Partei gleichzeitig auch wieder einige Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung<sup>34</sup>.

Theoretisch begründet wurde die angestrebte Verankerung der Partei in der Bevölkerung schließlich im neuen Parteiprogramm von 1961 mit den Thesen, daß der sowjetische Staat „in der neuen, gegenwärtigen Etappe zu einem Staat des gesamten Volkes“ und die kommunistische Partei „zur Partei des ganzen Volkes“<sup>35</sup> geworden seien. Ermöglicht wurde das indem man den permanenten sozialen Kriegszustand des Stalinismus, die „Diktatur des Proletariats“, aufhob mit der Begründung, daß sich der Sozialismus in der Sowjetunion bereits soweit gefestigt habe, daß man zum Aufbau des Kommunismus übergehen könne.

Um aber die inneren Reformen durchführen zu können, mußte Chruščev auf eine entspannte außenpolitische Lage verweisen können. Auch hier mußte stalinsches Erbe überwunden werden, wurden doch der Stalinismus und seine Reformfeindlichkeit gerade mit der „Einkreisung“ durch die kapitalistischen Länder und eine permanente Kriegsgefahr gerechtfertigt. Konnte Chruščev aber unter Wahrung des beanspruchten Status als Supermacht auf eine entspannte

---

<sup>33</sup> Gerhard SIMON, Chruščevismus: Wie wandlungsfähig ist das Sowjetsystem?, in: DERS. (Hg.), Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche, Kontinuitäten, Perspektiven. Köln 1987, S. 51-64, hier S. 55. Vgl. auch MCCAULEY (Anm. 21), S. 177

<sup>34</sup> Vgl. die Darstellung bei Roy MEDWEDEW, Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU. Ein kurzer historischer Überblick, in: Reinhard CRUSIUS, Manfred WILKE (Hg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M. 1967, S. 23-49.

<sup>35</sup> Boris MEISSNER, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961. Köln 1962 (= Dokumente zum Studium des Kommunismus, 1), S. 214 und 240.

Lage in den internationalen Beziehungen verweisen, so hatte er den Rücken frei für eine Lockerung und Reform der inneren Verhältnisse.

Zusammengefaßt stellt sich das politische Programm Chruščevs dar als Kombination aus mehreren miteinander verflochtenen Elementen: Innere Reformen sollten die Produktivität der Volkswirtschaft erhöhen, was durch die Hebung des Lebensstandards wiederum zur Stabilisierung des politischen Systems beitragen sollte; die Reformen ihrerseits sollten ermöglicht werden durch eine Entspannung in den internationalen Beziehungen. Bei all dem sollte die Partei die führende Rolle spielen. Da alle Reformen eine Abkehr vom stalinschen System bedeuteten, könnte man den „Chruščevismus“ (wenn man eine politische Lehre daraus machen wollte) geradezu als „umfassende Entstalinisierung“ definieren im Unterschied zu der als Abkehr vom stalinschen Personenkult und als Rehabilitierung der Opfer der Massenrepressionen verstandenen „Entstalinisierung“.

### 3. Konfliktlinien und Interessenlagen

Die vielfach demonstrierte Einigkeit der Partei, das oft beschworene Prinzip der „kollektiven Führung“ sowie der nach Möglichkeit unterbundene öffentliche Diskurs in der Sowjetunion verführen dazu, politische Konflikte innerhalb von Partei und Staat vornehmlich als Funktion von Machtkämpfen und persönlichen Rivalitäten zu deuten. Bei diesem Erklärungsmodell geraten aber die individuellen Interessenlagen der politischen Akteure aus dem Blickfeld, die Konfliktlinien in allen Richtungen ermöglichen. Eine schematische Aufteilung des politischen Spektrums in „Reformer“ und „Konservative“ würde zu kurz greifen, da auch bei einer weiteren Ausdifferenzierung dieses Spektrums diese Einteilung den realen Gegebenheiten nicht gerecht würde. Je nach Art der persönlichen Betroffenheit von den chruščevschen Reformen, konnte die Haltung des Betroffenen in Bezug auf diese Reformen und auch Chruščev selbst differieren<sup>36</sup>.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Reformkräfte Chruščevs eine respektable Fluktuation aufwiesen - schließlich bestand das Zentralkomitee, das Chruščev 1964 absetzte, hauptsächlich aus Leuten, die ihm ihre Karriere zu verdanken hatten - macht es mehr Sinn, den

---

<sup>36</sup> Ausführlich diskutiert wird das „Reformer“ - versus - „Konservative“ - Konzept bei: Stephen F. COHEN, The Friends and Foes of Change: Reformism and Conservatism in the Soviet Union, in: Slavic Review 38(1979), S. 187-202.

Rahmen zu bestimmen, in dem Chruščev agieren mußte, indem verschiedene Interessenlagen aufgezeigt werden, die Chruščev bei seiner Politik berücksichtigen mußte.

Innerhalb der Gruppe der Parteifunktionäre ließen sich mehrere verschiedene Gruppierungen bilden wie etwa Vertreter der Zentrale gegenüber solchen der lokalen oder der regionalen Parteiorgane oder aber Förderer der Schwerindustrie gegenüber der Leichtindustrie. Der letztere Gegensatz reichte in seinem Ursprung bis in die 20er Jahre zurück und wurde von Chruščev auch meisterhaft bei der Entmachtung Malenkovs instrumentalisiert. Malenkov vertrat 1953 eine Politik der Steigerung der Konsumgüterproduktion und somit einer Hebung des Lebensstandards. Dies aber stieß auf Widerstand von Seiten der Interessenvertreter der Schwerindustrie und des Militärs, zu deren Lasten Investitionen umgelenkt werden sollten; dazu kam, daß Malenkov allzu optimistische Produktionsdaten verkündete, die nicht erreicht werden konnten. Anfang 1955 häuften sich die Angriffe gegen eine konsumgüterorientierte Industriepolitik, so daß Malenkov im Februar 1955 seinen Rücktritt als Ministerratsvorsitzender verkündete<sup>37</sup>. Gemeinsam war den Parteifunktionären allerdings eines: Obwohl sie alle einerseits den stalinschen Säuberungen ihre Karriere verdankten, waren sie doch potentielle Opfer einer weiteren Säuberung. So bestand als konsensuales Gruppenbedürfnis Bedarf nach einem Ende des Massenterrors. Schon mit der Reform der staatlichen Sicherheitsorgane zum KGB nach der Verhaftung Berijas 1953, also ihrer Herabstufung von einem Ministerium zu einem Komitee, waren die Parteisekretäre auf Oblast-, Stadt- und Rajonebene weitgehend eigenverantwortlich; die Furcht vor plötzlicher Verhaftung schwand. Diese Parteisekretäre bildeten die Mehrheit der ZK-Mitglieder, so daß die direkte Entstalinisierung ihren vollen Rückhalt finden würde<sup>38</sup>.

Für die Vertreter der staatlichen Bürokratie, die sich unter Stalin herausgebildet hatte, galt neben ihren unmittelbaren Ressortinteressen, daß sie ausgerichtet waren auf den Erhalt ihrer in der Stalinzeit erworbenen Macht, ihrer ausdifferenzierten Privilegien und ihres Prestiges. Obwohl diese Gruppe also per se eher konservativ ausgerichtet war, läßt sich auch hier sagen: „It (the bureaucracy) yearned, however, for one great reform that would free it from the capri-

---

<sup>37</sup> Vgl. Alec NOVE, *An Economic History of the USSR 1917-1991*. London <sup>3</sup>1992, S. 334-342. Eine andere Version, die eine Auseinandersetzung über die richtige Landwirtschaftspolitik als Grund für Malenkovs Rücktritt nennt bei McCauley (Anm. 21), S. 170-173. Als Bauernopfer, weil bei der Aufklärung der Leningrader Affäre Beweise für Malenkovs aktive Verstrickung aufgetaucht seien, wird der Rücktritt schließlich gedeutet bei Medvedev (Anm. 10), S. 53f. Tatsächlich behielt Malenkov bis zur Juni-Krise 1957 seinen Präsidiumssitz!

<sup>38</sup> Vgl. Medvedev (Anm. 10), S. 41.

cious, terroristic regime at the top and allow it to become a real bureaucracy - that is, a conservative structure anchored by political stability, personal security, and predictability.“<sup>39</sup>

Eine dritte Gruppe, deren Interessenlage einen determinierenden Faktor in der sowjetischen Politik bedeuten konnte, war das Militär. Seine Interessenlage in der sowjetischen Innenpolitik läßt sich eingrenzen auf das Interesse an der Stabilität des Anteils der Verteidigungshaushalts an den Staatsausgaben. Als politischer Faktor tritt das Militär allgemein nur in Erscheinung, wenn eine Pattsituation zwischen den politischen „Parteien“ herrscht. In Chruščevs politischem Programm spielte die Armee demnach auch keine größere Rolle: „Chruschtschow glaubte nicht, daß die Armee eine entscheidende Rolle spielen könne beim Sieg des Sozialismus. Die Attraktivität des Sozialismus sei etwas anderes als die Angst vor den Streitkräften der Sowjetunion und ihrer Intervention.“<sup>40</sup> Eine Möglichkeit für Chruščev, Popularität innerhalb der Armee zu gewinnen, bestand wiederum in einer Art Entstalinisierung: Die Armee hatte Ende der 30er Jahre besonders unter den stalinschen Säuberungen zu leiden; ein hoher Anteil des Offizierkorps fiel ihnen zum Opfer. Dazu kam, daß Stalin persönlich die Früchte des über Deutschland errungenen Sieges ernten wollte, während populäre und verdienstvolle Militärs wie Žukov auf zweitrangige Posten versetzt wurden.

Da im Folgenden nicht mehr auf die Rolle der Armee in der Chruščev-Zeit eingegangen werden soll, kann hier kurz das Verhältnis Chruščevs zu den Streitkräften skizziert werden. In den Beziehungen zum Militär kann man drei Phasen ausmachen<sup>41</sup>: Eine Anfangsphase, in der Chruščev noch auf einen Konsens mit der Armeeführung in Bezug auf die Reformen bedacht war und die von 1955 bis 1957 dauerte. Während dieser Zeit bestand ein „Bündnis“ Chruščevs mit dem Marschall Žukov, der schon 1953 bei der Verhaftung Berijas eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Wichtig war, daß die Partei jederzeit die Armee unter ihrer Kontrolle hatte. So fand zwar ab 1955 mit dem Abbau der Politischen Verwaltung in der Armee eine Art „Entpolitisierung“ und damit Professionalisierung statt, die aber hauptsächlich dadurch zu rechtfertigen war, daß ein hoher Anteil des Offizierkorps der Partei angehörte, ihren Richtlinien

---

<sup>39</sup> COHEN (Anm. 36), S. 197.

<sup>40</sup> Fjodor BURLAZKI (Fedor BURLACKIJ), Chruschtschow. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1990, S. 158.

<sup>41</sup> Vgl. George F. MINDE II, Michael HENNESSEY, Reform of the Soviet Military under Khrushchev and the Role of America's Strategic Modernization, in: Robert O. CRUMMEY: Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects. Urbana, Chicago 1989, S. 156-181.

also sowieso verpflichtet war<sup>42</sup>. Gleichzeitig wurde auf dem XX. Parteitag 1956 mit Žukov der erste Berufsoffizier ins Präsidium der KPdSU gewählt und der Anteil hoher Militärs im ZK stieg ebenfalls an<sup>43</sup>. Die Reformen in dieser Zeit beinhalteten vor allem einen drastischen Truppenabbau, der in der Umstellung von Kriegs- auf Friedensstärke und der Umstrukturierung von einer konventionellen Armee zu einer modernen nuklearen Streitmacht begründet war<sup>44</sup>.

Nach dem Bruch mit Žukov versuchte Chruščev in der zweiten Phase von 1957-1959 den aufgrund von Differenzen über die Nuklearstrategie zerbrochenen Konsens durch direkte Kontrolle über das Militär wiederherzustellen. Dazu bediente er sich seiner Bekannten aus dem Kriege, der sogenannten „Southern clique“, mit denen er wichtige Posten besetzte. Er konnte nicht ahnen, daß gerade diese Offiziere in der Zeit von 1960 bis 1964 zu seinen schärfsten Kritikern werden sollten<sup>45</sup>.

In der dritten Phase schließlich, von 1960 bis 1964, verzichtete Chruščev ganz darauf, einen Konsens mit dem Militär anzustreben. Seine strategischen Vorstellungen gingen soweit, Marine und Luftwaffe durch nukleare Raketenstreitkräfte zu ersetzen<sup>46</sup>. Zudem stellte Anfang der 60er Jahre, als weitere Reformschritte nötig waren wie zum Beispiel die Entwicklung der Kunstdüngerindustrie, das Militär für Chruščev die nächstliegende Quelle für Ressourcen dar, die in die zu entwickelnden Bereiche der Volkswirtschaft umgelenkt werden sollten. Da sie hierin einen Angriff auf ihre Grundinteressen sahen, verwundert es nicht, daß die Militärs im Oktober 1964 auf seiten der Funktionärsfronde gegen Chruščev standen.

Die Bevölkerung kann schließlich in diesem Zusammenhang eher als passive Größe angesehen werden. Auf ihre Bedürfnisse war zwar in hohem Maße Rücksicht zu nehmen, denn schließlich wollte Chruščev sie für die Sache des Sozialismus gewinnen. Ihre direkte Einflußnahme auf den politischen Prozeß innerhalb der Sowjetunion wird aber eher als gering zu veranschlagen sein.

---

<sup>42</sup> Es kann geschätzt werden, daß 1956 etwa jeder Fünfte in der Armee der Partei angehörte, wobei der Anteil unter den Offizieren natürlich höher zu veranschlagen ist, vgl. T.H. RIGBY, *Communist Party Membership in the U.S.S.R. 1917-1967*. Princeton 1968, S. 340. Dabei wird eine absolute Truppenstärke von etwa 5 Millionen Mann für 1956 zugrunde gelegt, vgl. MINDE/HENNESSEY (Anm. 41), S. 183.

<sup>43</sup> Vgl. GARTHOFF (Anm. 13), S. 251f.

<sup>44</sup> Vgl. MINDE/HENNESSEY (Anm. 41), S. 185.

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, S. 189-191, GARTHOFF (Anm. 13), S. 258.

<sup>46</sup> Vgl. LINDEN (Anm. 28), S. 92f.

### 3.1 Die Sovnarchozy-Reform als Fallbeispiel für konkurrierende Interessenlagen

Die unter Stalin errichtete Kommandowirtschaft hatte gewaltige Nachteile. Nicht nur, daß die Planvorgaben nicht erfüllt wurden, sondern die entwickelte Ministerialbürokratie war so unübersichtlich geworden, daß sie viele separate (und vor allem von der Partei und ihren Vorgaben abweichende) Einzelinteressen entwickelte, so daß für die Zeit nach 1945 kaum noch von einem großen Einfluß des Politbüros/Präsidiums auf die Wirtschaftsabläufe ausgegangen werden kann. Timothy Dunmore formulierte gesetzesartig für diese Wirtschaftsform: „As the degree of specialism and size of the bureaucracy (‘technocracy’) increases, so the influence of bureaucrats on policy-formation grows; and, at the same time, the level of policy-implementation declines.“<sup>47</sup>

Wenn Chruščev einen maßgeblichen Einfluß auf den Wirtschaftssektor erringen wollte, in dem gerade seine politischen Gegner ihre Machtbasis besaßen, mußte er den Ministerialapparat umstrukturieren, das heißt entmachten. Eine andere Möglichkeit gab es nicht: „Short of a purge similar in scale to that of 1936-8, Stalin could have done little to restore his control over the machine that he, above all others, had created and set in motion.“<sup>48</sup> Diese Entmachtung der Ministerialbürokratie und damit des Staatsapparates führte Chruščev 1957 mit der Sovnarchoz-Reform durch, die gleichzeitig eine Aufwertung der Partei bedeutete.

Ende 1956 machten Chruščevs Gegner im Präsidium angesichts der immer noch enttäuschenden Wirtschaftslage den Vorschlag, Gosplan, die staatliche Planungsbehörde, zu einem Superministerium mit Weisungsgewalt über die anderen Ministerium aufzuwerten<sup>49</sup>. Das wurde von Chruščev mit einem Rückgriff auf Modelle aus den 20er Jahren gekontert. Nach seinem Vorschlag sollte dem für die sowjetische Planwirtschaft als chronisch anzusehenden Problem der Ressourcenverschwendung dadurch begegnet werden, daß anstelle der zentralen Unionsministerien regionale Wirtschaftsräte, die Sovnarchozy (Sovety narodnogo chozjajstva), alle Industrieunternehmen koordinieren, die nicht gerade von gesamtstaatlicher Bedeutung waren wie etwa Rüstungsbetriebe. Schon vor 1957 war damit begonnen worden, einzelne Industrieunternehmen, die vorher den Unionsministerien unterstanden, den Unionsrepubliken zu

---

<sup>47</sup> Timothy DUNMORE, *The Stalinist Command Economy. The Soviet State Apparatus and Economic Policy 1945-53*. London, Basingstoke 1980, S. 148.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 146.

<sup>49</sup> Vgl. NOVE (Anm. 37), S. 351f.



überantworten<sup>50</sup>. Vom 19. Februar 1957 datiert die ZK-Resolution „Verbesserung der Leitung der Industrie und des Bauwesens“, mit der die Schaffung der Sovnarkhozy beschlossen wurde; im September 1957 wurden schon 75% aller Industriebetriebe von den neugeschaffenen Organen verwaltet<sup>51</sup>.

Daß diese Resolution vom ZK angenommen wurde, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Obkom-Sekretäre, die in diesem Gremium eine Mehrheit bildeten, direkt von ihr profitierten<sup>52</sup>. Ein Großteil des Personals der Sovnarkhozy rekrutierte sich zwar aus Angehörigen der aufgelösten Ministerien, von 104 Sovnarkhozvorsitzenden waren ca. 30% ehemalige Unionsminister oder deren Stellvertreter, doch vielfach wurden Schlüsselpositionen von Parteifunktionären besetzt und die Gebietssekretäre besaßen gegenüber den Sovnarkhozvorsitzenden Weisungsrecht<sup>53</sup>. Schließlich bedeutete die Reform eine Aufwertung für die Schicht der Industrie-„Manager“ und der technischen Intelligenz mit der Übertragung von Verantwortung für Wirtschafts- und Planungsaufgaben.<sup>54</sup>

Trotzdem muß man Yanovs Bewertung folgen: „The sovnarkhozy were not a solution to the problem, however, any more than the Virgin Lands Program had been a solution for the miserable state of agriculture. They were a convenient way to put off a real solution.“<sup>55</sup> Die Reform bedeutete nicht nur Regionalisierung der Wirtschaftslenkung, die Grenzen der neuen Planungseinheiten trennten vielfach vorher existierende Verbindungen zwischen den Unternehmen. Betriebe, die vorher von einem Unionsministerium koordiniert wurden, befanden sich jetzt in der Zuständigkeit verschiedener Sovnarkhozy. Die Lösung der Betriebsleiter, die für die Erfüllung der Planvorgaben verantwortlich waren, bestand darin, Zulieferschwierigkeiten nicht etwa durch die langwierige bürokratische Prozedur über die offiziellen Kanäle zu begegnen, sondern die Eigenproduktion benötigter Teile in den eigenen Betrieben

---

<sup>50</sup> Vgl. T.H. RIGBY, Khrushchev and the Rules of the Soviet Political Game, in: Robert F. MILLER, Ferenc FÉHÉR (Hg.), Khrushchev and the Communist World. London u.a. 1984, S. 39-81, hier S. 57.

<sup>51</sup> Vgl. Ruth FISCHER, Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953-1958. Düsseldorf 1958, S. 60f.

<sup>52</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 105.

<sup>53</sup> Vgl. Wolfgang LEONHARD, Kreml ohne Stalin. Köln 1959, S. 383, sowie RIGBY, Khrushchev (Anm. 50), S. 58.

<sup>54</sup> Vgl. FISCHER (Anm. 51), S. 62 sowie auch Alexander YANOV, In the Grip of the Adversarial Paradigm: The Case of Nikita Khrushchev in Retrospect, in: Robert O. CRUMMEY (Hg.), Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects. Urbana, Chicago 1989, S. 156-181, hier S. 166f.

<sup>55</sup> YANOV (Anm. 54), S. 167.

aufzunehmen. Was zur rationaleren Verwendung der Ressourcen geplant war, wirkte sich gerade gegenteilig aus<sup>56</sup>.

Auch der Gedanke der Abschaffung der ministerialen Bürokratie konnte nicht verwirklicht werden. Viele Angehörige der aufgelösten Ministerien fanden Beschäftigung in den Sovnarchozy, so daß man nur von einem Personaltransfer von Unions- auf Gebietsebene sprechen kann. Zusätzlich aber benötigten die neuen Gremien alle ihren eigenen Apparat. Im Ergebnis ist 1963 fast eine Verdreifachung des in der Wirtschaftslenkung beschäftigten Personals festzustellen<sup>57</sup>.

Statt aber die Reform angesichts der sich bald offenbarenden Mängel zurückzunehmen, wurde Stückwerk getrieben. Um die Effektivität der Sovnarchozy zu steigern, wurde „konsolidiert“, daß heißt zwei oder mehrere Sovnarchozy wurden zusammengelegt. Parallel dazu entstanden neue Gremien: Staatskomitees, mit SNCh abgekürzte Volkswirtschaftsräte auf Republiksebene und schließlich auch einer auf Unionsebene. Einzelne Industriezweige wurden der Verantwortung der Sovnarchozy entzogen und wieder zentral von Moskau aus verwaltet.

Stellten die Obkom-Sekretäre zunächst die Gewinner der Sovnarchoz-Reform dar, so steuerte Chruščev ein paar Jahre später eine Politik, die den Parteifunktionären große Nachteile bringen würde, obwohl sie nicht in erster mit dem Gebiet der Wirtschaftslenkung zu tun hatte. Die Rede ist von der Kaderrotation, die im Parteiprogramm von 1961 festgeschrieben wurde. Es ging darum, „einzuführen, daß die personelle Zusammensetzung aller wählbaren Parteior-gane - von den Grundorganisationen bis zum zentralkomitee - systematisch in bestimmten Pro-portionen erneuert wird, wobei die Kontinuität der Leitung zu sichern ist“<sup>58</sup>.

Die Idee war, einer Petrifizierung des politischen Systems entgegenzuwirken, neuen Kräften eine Chance zu bieten und durch ein regelmäßiges Revirement in jeder Form Leben in die Partei zu bringen. Was aber für jede Demokratie als natürlich erscheint, gewinnt angesichts des sowjetischen politischen Systems ganz andere Qualitäten. Die Parteifunktionäre waren vielfach hauptamtlich tätig und bezogen ein Parteigehalt, darüberhinaus machten vielfältige Privilegien diese Tätigkeit attraktiv. Wenn aber, wie nach dem neuen Parteiprogramm bestimmt, eine Karriere als Obkom-Sekretär nur sechs Jahre dauern könnte, würden nicht viele Leuten ihre Arbeit

---

<sup>56</sup> Vgl. FILTZER (Anm. 17), S. 68f.

<sup>57</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 107.

<sup>58</sup> MEISSNER (Anm. 35), S. 241.

in den Dienst der Partei stellen. Der drohende Verlust von Prestige und Privilegien war für die Parteifunktionäre Grund genug, eine Opposition gegen Chruščev zu unterstützen<sup>59</sup>.

In Bezug auf das Gebiet der Wirtschaftslenkung zeigen sich aber noch ganz andere Aspekte: „Would not a stable and competent middle management class of the 1970s have confronted a shifting, destabilized, and demoralized crowd of Party amateurs, who would suffer the same fate (nämlich die abzusehende Abwahl - M.P.) which had already overtaken the former bosses of the rural districts?“<sup>60</sup>

Unter dieser Perspektive erscheint die Kaderrotation als exakte Konterkarierung der Sovnarchoz-Reform. Wenn man die Sovnarchoz-Reform interpretiert als Stärkung der Rolle der Partei (gegenüber den staatlichen Institutionen), so kann die Kaderrotation als Schwächung der Partei (gegenüber der neuen „Managerschicht“) angesehen werden.

Die im Jahre 1962 durchgeführte Zweiteilung der Partei in je einen Zweig für Industrie und für Landwirtschaft tat dann noch ein übriges, um die Rolle der Partei zu schwächen und um die Parteimitglieder gegen Chruščev aufzubringen.

Anhand dieser Ausführungen wird wohl deutlich, wie Politik in der Sowjetunion Rücksicht nehmen mußte auf konkurrierende Interessenlagen. Schon an diesem Punkt kann gesagt werden, daß Chruščev 1964 gestürzt wurde, weil er diesem Umstand nicht genug Bedeutung beimaß und, indem er gegen die Interessen der Parteimitglieder und -funktionäre verstieß, seiner Machtbasis, der Partei, verlustig ging.

#### **4. Die Politik Chruščevs - Wie die politischen Ziele umgesetzt werden sollten**

In diesem Abschnitt soll es um das „Wie“ der Chruščevschen Politik gehen, der „Herrschaftsstil“ Chruščevs soll untersucht werden. Vorab aber noch einige Bemerkungen über die Rahmenbedingungen, unter denen Chruščev politisch agieren mußte. Sie lassen sich nicht mit der Kategorie der Interessenlagen erklären, hatten aber gleichwohl Einfluß auf die politische Bewegungsfreiheit des sowjetischen Staatsoberhauptes.

Zunächst sei auf den generell engen Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik verwiesen. Das Bestreben der Sowjetunion ging nach 1945 dahin, das Prestige als Groß- oder Weltmacht möglichst zu aufrechtzuerhalten, einmal gegenüber den USA als Gegner im Kalten

<sup>59</sup> Vgl. auch Martin MCCAULEY, Krushchev as Leader, in: DERS.(Hg.), Khrushchev and Khrushchevism. Basingstoke, London 1987, S. 9-29, hier S. 21f.

<sup>60</sup> YANOV (Anm. 55), S. 172.

Krieg, dann aber auch den neuen Verbündeten im sozialistischen Lager gegenüber. War die internationale Lage entspannt oder konnte Chruščev auf außenpolitische Erfolge verweisen, so hatte er in der Innenpolitik weitgehend freie Hand. Das läßt sich schön illustrieren, wenn zwei Ereignisse in Beziehung zueinander gesetzt werden, die üblicherweise nicht im direkten Zusammenhang gesehen werden, weil zweieinhalb Wochen zwischen ihnen lagen: „In the excitement that attended the launching of Sputnik I, the simultaneous dismissal of Marshal Zhukov was all but forgotten.“<sup>61</sup> Existierten aber Spannungen in den internationalen Beziehungen, so geriet auch Chruščev unter Druck und mußte Rückschläge hinnehmen. Der Abschluß eines amerikanischen U-2-Spionageflugzeuges über sowjetischem Territorium am Vorabend eines amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens löste eine innenpolitische Krise aus, die dazu führte, daß im Präsidium Umbesetzungen zuungunsten Chruščevs vorgenommen wurden und die von Chruščev ein paar Monate vorher angekündigten Truppenreduzierungen nicht durchgeführt wurden<sup>62</sup>. Auch die Konflikte im sozialistischen Lager selbst, die wegen der Abkehr vom stalinistischen System aufbrachen und die Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb dieses Lagers in Frage stellten, verursachten, daß Chruščev sich harscher Kritik in der Sowjetunion ausgesetzt sah.

Eine weitere Determinante für Chruščevs Handlungsspielraum war naturgemäß der Erfolg vorangegangener Reformen. Solange er Erfolge in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verzeichnen konnte, wobei die Ernte in den Neulandgebieten eine sehr wichtige Rolle spielte, konnte er sich auf anderen Gebieten relativ frei bewegen. Die Bedeutung der Produktionsergebnisse in der Landwirtschaft für Chruščevs Prestige wurde oben schon festgehalten. Die Attraktivität des Neulandprogrammes bestand für das Militär und die Schwerindustrie ja vor allem darin, daß mit ihm die Landwirtschaft entwickelt werden sollte, ohne eine Umlenkung von Investitionen zuungunsten des Militärs oder der Schwerindustrie vorzunehmen. Die positiven Ergebnisse der ersten Jahre stärkten Chruščevs Position, das Neulandprogramm wurde vorangetrieben. Bald schon aber traten mit Erosion und der Auslaugung des Bodens Probleme auf, die für Ernüchterung sorgten und durch eine Dürrekatastrophe 1963

---

<sup>61</sup> Merle FAINSOD, Khrushchevism, in: Milorad M. DRACHKOVITCH (Hg.), *Marxism in the Modern World*, Stanford 1965, S. 108-135, hier S. 119.

<sup>62</sup> Vgl. zu den Ereignissen im Umfeld des U-2-Zwischenfalls LINDEN (Anm. 28), S. 90-106. Zum Einfluß der Außenpolitik der USA auf Erfolgsaussichten von Reformen in der Sowjetunion: William TAUBMAN, Khrushchev and Detente: Reform in the International Context, in: Robert O. CRUMMEY (Hg.), *Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects*, Urbana, Chicago 1989, S. 144-155 sowie MINDE/HENNESSEY (Anm. 41).

noch verstärkt wurden. Ein kapitalintensives Kunstdüngerprogramm konnte Chruščev seinen Kontrahenten nur unter größten Schwierigkeiten abringen. Ein ähnliches Schicksal war auch dem Maisanbauprogramm beschieden: Anfängliche Erfolge ermutigten zur forcierten Ausweitung, der eintretende Mißerfolg schließlich schwächte die Position Chruščevs<sup>63</sup>.

Wie aber wurden in der Ära Chruščev die politischen Entscheidungen getroffen? Führungsmodell war nach den Jahren der Stalin-Diktatur nunmehr die „kollektive Führung“, das heißt, maßgebliche Institution war das Präsidium der KPdSU. Hier sollte über die zu entscheidenden Fragen ein Konsens hergestellt werden. Von diesem „Dogma“ konnte auch Chruščev sich nicht ungestraft entfernen. Daß er es getan habe und geradezu einen auf sich bezogenen Personenkult habe errichten wollen, gehörte zu den Anklagepunkten bei seinem Sturz im Oktober 1964<sup>64</sup>. Nun ist aber offensichtlich, daß Chruščev nicht als einer unter vielen im Präsidium saß, wo einmütige Entscheidungen getroffen wurden, sondern daß er sich verschiedener Mittel fleißigte, um seine Ansichten zu verwirklichen.

Erste Instanz dafür war das Zentralkomitee der Partei. Im Präsidium war Chruščev Gleicher unter Gleichen, wenn nicht gar eine Art Benjamin - im ZK hatte er aufgrund seiner Tätigkeit in der Ukraine und als ZK-Sekretär eine gewisse Klientel. Was lag daher näher, als unter Berufung auf das Parteistatut, in dem als oberstes Parteigremium zwischen den Parteitagungen das ZK bestimmt war, zur Entscheidung wichtiger Fragen ein ZK-Plenum einzuberufen? Tatsächlich wurden zwischen 1953 und 1964 alle wichtigen Änderungen der Politik von ZK-Plena abgesehen.<sup>65</sup> Diese Politik kann man einerseits als Mittel zur Durchsetzung eigener Positionen bezeichnen, doch andererseits ist hierin auch ein selbständiger Effekt zu sehen: die Wiedereinsetzung der Partei als politische Kraft und die Ausweitung der politischen Partizipation.

Die Möglichkeit der Verlagerung des Entscheidungsprozesses vom Präsidium zum ZK bot sich Chruščev aber erst nach erfolgreicher Anwendung eines in unterschiedlicher Ausprägung in allen politischen Systemen anzutreffenden Machtmittels - der Personalpolitik. Mit Personalpolitik ist hier die Schaffung einer politischen Klientel mittels gezielter Beförderung von Funktionären gemeint, die sich dadurch dem Patron verpflichtet fühlen. In der Sowjetunion war es so, daß Funktionäre danach trachteten einen Kreis zuverlässiger Untergebener um sich zu

<sup>63</sup> Vgl. zu diesem Komplex MEDVEDEV (Anm. 10), S. 56-65, S. 117-128 und S. 159-167.

<sup>64</sup> Vgl. William J. TOMPSON, The Fall of Nikita Khrushchev, in: Soviet Studies 43(1991), S. 1101-1121, hier S. 1109.

<sup>65</sup> Vgl. McCAULEY, Leader (Anm. 59), S. 17f.

scharen, die sie bei einer mit der Beförderung meist verbundenen Versetzung in ihrer neuen Umgebung unterzubringen versuchten. T.H. Rigby hat belegt, wie Chruščev seine Mitarbeiter aus der Zeit seiner Tätigkeit in der Ukraine und in Moskau vor 1953 auf bedeutenden Posten positionierte.<sup>66</sup> Er wies sich als ein wahrer Meister auf dem Gebiet der Klientelbildung aus, denn „wherever possible Khrushchev looked after his clients, and many bonds forged in this period (der Tätigkeit in der Ukraine 1946-69 - M.P.) were to assume great political importance in later years.“<sup>67</sup>

Diese Funktionäre bildeten einen Rückhalt, dessen sich Chruščev relativ sicher hätte sein können, vorausgesetzt allerdings, er hätte ihnen ihre Anhängerschaft irgendwie gelohnt. Gerade das Gegenteil aber ist zu beobachten. Als die Reformen ihre Mängel offenbarten und Chruščev ihnen mit weiteren administrativen Reformen begegnen wollte, nutzte er auch weiterhin das Mittel der Postenvergabe ein, um mit neuen Männern, die ihre Position ausschließlich ihm verdankten, die Reformen mit neuem Elan weiterzutreiben, so daß 1960 zwei Drittel der Ersten Sekretäre auf Kreis- und Gebietsebene, die ihr Amt Mitte der 50er Jahre angetreten hatten, von ihren Posten entfernt worden waren<sup>68</sup>. Da die Funktionäre ein hohes Interesse an der Sicherheit ihrer Stellung und der Bewahrung der damit verbundenen Privilegien hatten, ist klar, daß Chruščev die Parteifunktionäre mit einer solchen Politik gegen sich aufbringen mußte. Selbst die neu eingesetzten Männer konnten nicht sicher sein, daß Chruščev sie nicht eines Tages bei Stocken der Reformen als Sündenböcke für deren Mißlingen verantwortlich machen und fallen lassen würde, wie er es mit alten Verbündeten schon getan hatte. Verstärkt wurde diese Opposition, wie oben erwähnt, noch durch Einführung der Kaderrotation und die Zweiteilung der Partei. Es wird deutlich, daß Chruščev mit seinem unter Stalin erlernten Handwerkszeug zwar den Aufstieg an die Spitze von Staat und Partei erreichen konnte, dann aber nicht fähig war, sich auf die geänderten Umstände einzustellen und eine andere Personalpolitik zu betreiben. Ein wichtiger Grund dafür war, daß Chruščev gemäß dem konsensualen Verzicht auf Massenterror keine Mittel hatte, die Funktionäre auf seine Linie zu zwingen. Sie verdankten ihm zwar ihren Aufstieg, konnten sich aber bei Gefahr für ihren Status (der Anfang der 60er Jahre von Chruščev tatsächlich in Frage gestellt wurde) gegen ihren

---

<sup>66</sup> Siehe den Anhang zu RIGBY, Khrushchev (Anm. 50), S. 77-81.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>68</sup> Vgl. McCAULEY, Leader (Anm. 59), S. 21.

früheren Mentor wenden. Unter Stalin hingegen verdankten die Funktionäre dem vožd' nicht nur ihren Aufstieg, sondern auf zynische Weise jeden Tag erneut ihr Leben.

Seine Machtbasis in der Partei versuchte der Erste Sekretär auch noch auf andere Weise vorzubereiten. Wenn man davon ausgeht, daß das Politbüro lediglich die Tagesordnungspunkte besprach und die Resolutionen beschloß, die zuvor vom ZK-Sekretariat ausgearbeitet wurden, so ist die hohe Bedeutung des Sekretariats bei der Politikformulierung in der Sowjetunion offensichtlich. Chruščev gelang es, das Sekretariat mit seinen Protégés zu besetzen. Der nächste Schritt war, die chruščevtreuen Sekretäre zu Präsidiumsmitgliedern zu machen, oder aber Chruščevanhänger im Präsidium auch ins Sekretariat wählen zu lassen, so daß eine Gruppe von zuverlässigen Leuten mit Doppelmitgliedschaft im Sekretariat und im Präsidium geschaffen wurde. Das würde es umso einfacher machen, im Sekretariat vorbereitete Schritte vom Präsidium absegnen zu lassen. Tatsächlich gelang es Chruščev, daß Ende 1957 die ZK-Sekretäre die Mehrheit im Präsidium bildeten, im September 1958 gar war kaum noch jemand anderes als Chruščev-Protégés im Präsidium<sup>69</sup>, doch die durch den U-2-Zwischenfall 1960 ausgelöste innenpolitische Krise führte zu einer Halbierung des Sekretariats auf fünf Personen und einer für Chruščev ungünstigen Umbildung des Präsidiums<sup>70</sup>. Diese Schwächung der Position muß von Chruščev aber möglicherweise garnicht als solche aufgefaßt worden sein, da ihm seit Ende März 1958 mit der Übernahme des Vorsitzes im Ministerrat der UdSSR auch die staatlichen Machtkanäle zugänglich waren, und er zusätzlich der Einzige war, der sowohl im Sekretariat und im Präsidium als auch in der Regierung eine Führungsposition innehatte.

Ein sehr wichtiges Element Chruščevscher Herrschaft, vielleicht sogar das bemerkenswerteste, ist die oben schon berührte Erweiterung der politischen Partizipation, die als einfacher Populismus, aber ebensogut auch als Tendenz zur Demokratisierung gedeutet werden kann. Oben wurde die Rolle der Masseninitiative zur Erhöhung der Produktion angedeutet. Wenn diese Masseninitiative aber stattfinden sollte, so mußte sie auch die Möglichkeit zur Kritik von unten bieten, eine Art Machtkontrolle: „Public criticism of local official performance was a central feature of his (Chruščevs - M.P.) program for solving economic problems and improv-

---

<sup>69</sup> Vgl. RIGBY, Khrushchev (Anm. 50), S. 67.

<sup>70</sup> Vgl. LINDEN (Anm. 28), S. 94-97.

ing administration performance. It was also his prescription for revitalizing Soviet political life in ways that would ostensibly create a sense of political community, élan and fervor.“<sup>71</sup>

Dieselbe Tendenz zur Erweiterung der politischen Partizipation ist in der Einbeziehung von technischen Spezialisten in den Entscheidungsprozeß vermittels republikweiter Fachkongresse zu sehen, wobei es „bezeichnend für den Führungsstil der Chruščev-Ära (war), daß die Sowjetische Führung bei solchen Gremien öffentlich Bestätigung für politischen Kurswechsel einholte“<sup>72</sup>. Ähnlich sind die in den Medien stattgefunden habenden relativ freien Diskussionen innerhalb eines vorher von der Politik vorgegebenen Rahmens zu bewerten, die man geradezu als „characteristic ritual of Krushchevian ‘democracy’“<sup>73</sup> bezeichnen könnte.

In diesem Licht zeugt die Weiterentwicklung von der „Diktatur des Proletariats“ zum „Staat des ganzen Volkes“, wenn nicht gerade von einem Angebot zur Aussöhnung mit der Gesellschaft sprechen will, so doch vom Ziel der Chruščevschen Gesellschaftspolitik zur Errichtung des Kommunismus „die Gesamtheit der in der Gesellschaft vorhandenen Fähigkeiten“<sup>74</sup> zu mobilisieren.

Diskussion und Kritik von unten stellten aber wiederum einen Angriff auf den Status der Funktionäre dar, die sich alles andere als glücklich darüber zeigten, ihre Aktivitäten außer vor ihren Vorgesetzten auch noch vor der Bevölkerung rechtfertigen zu müssen. Außerdem stellte die Erweiterung politischer Partizipation, so sehr sie den ideologischen Wurzeln des Kommunismus verhaftet war, eines in Frage: die Strukturen von Staat, Partei und Gesellschaft in der Sowjetunion. Welche Rolle würde die Partei noch spielen, wenn die Bevölkerung an der Politik, die Fachleute an der Wirtschaftslenkung partizipierten? Was würde mit den staatlichen Strukturen geschehen? Das Ideal des Kommunismus, die Selbstregulierung der Gesellschaft, bedrohte die Funktionäre in ihrer Existenz<sup>75</sup>. Diese Demokratisierungstendenzen wurden aber nach 1962 von Chruščev zurückgenommen, die republikweiten Debatten im Vorfeld von wichtigen Entscheidungen hörten auf. Dies deutet auf den Druck hin, unter dem Chruščev sich zu dieser Zeit aufgrund der wirtschaftlichen und außenpolitischen Mißerfolge befand.

<sup>71</sup> George W. BRESLAUER, *Khrushchev and Brezhnev as Leaders. Building Authority in Soviet Politics*. London 1982, S. 60.

<sup>72</sup> Hans-Henning SCHRÖDER, „Lebendige Verbindung mit den Massen“. Sowjetische Gesellschaftspolitik in der Ära Chruščev, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 34(1986), S. 522-560, hier S. 541.

<sup>73</sup> Vgl. Grey HODNETT, *Khrushchev and Party-State Control*, in: Alexander DALLIN, Alan F. WESTIN (Hg.), *Politics in the Soviet Union. 7 Cases*. N.Y. u.a. 1966, S. 113-164, hier S. 123

<sup>74</sup> SCHRÖDER (Anm. 72), S. 560.



Zur Bedeutung der direkten Entstalinisierung, also der Denunziation des stalinschen Personenkultes und der Rehabilitierung der Opfer des stalinschen Massenterrors, in Chruščevs politischem Konzept muß gesagt werden, daß diese viel eher Mittel als Zweck war. Chruščev benutzte die Entstalinisierung vielfach als Vorwand, politische Rivalen zu diskreditieren, indem er sie als Helfer Stalins denunzierte, wie zum Beispiel bei der endgültigen Entmachtung der „Anti-Partei-Gruppe“ auf dem XXI. Parteitag 1961<sup>76</sup>. Zudem war diese Entstalinisierung nicht Chruščevs Erfindung oder sein geistiges Eigentum. Vielmehr herrschten nach Stalins Tod 1953 in der Gesellschaft das Bedürfnis nach und in der politischen Führung die Bereitschaft zur Beendigung des permanenten Kriegszustandes der Stalinzeit.

Das führt zu einer weiteren Frage: War Chruščev der Urheber der Reformen oder war er eher eine „Funktion der Geschichte“ und damit die Reformen nicht sein Werk, sondern die einfache Antwort auf gesellschaftliche und politische Bedürfnisse seiner Zeit? Diese Frage ist spekulativ und nicht zu beantworten, scheint aber berechtigt, wenn man berücksichtigt was hier und auch weiter oben über die Reformbedürftigkeit der von Stalin „geerbten“ Sowjetunion gesagt wurde. Nachdenklich muß dabei auch der Umstand stimmen, daß Chruščev Ideen von entmachteten Rivalen übernahm, die er vorher vehement bekämpft hatte (was, nebenbei bemerkt, an Stalins Verhalten in den 20er Jahren erinnert): Der Gedanke des Endes des Klassenkampfes in der Sowjetunion wurde schon vor 1957 von Malenkov, Kaganovič und Bulganin angedeutet, ebenso vertrat Malenkov eine Politik zur Entwicklung der chemischen Industrie<sup>77</sup>.

Wenn Chruščev auch nicht die Urheberschaft an den Reformen zugeschrieben werden kann, so war es trotzdem schon ein großes Verdienst für ihn, daß er die richtigen Antworten auf gesellschaftliche Bedürfnisse gegeben hat und auch den Mut hatte, sie zu geben. Daß er stalinistische Politikmethoden anwendete, um die Macht zu erringen, ist seiner politischen Sozialisation zuzuschreiben. Da er aber, um seine Macht zu erhalten, keine Terrormittel anwandte, ist Chruščev als Politiker am besten zu beschreiben als „Stalinist with a difference“<sup>78</sup>.

---

<sup>75</sup> Vgl. Graeme GILL, Khrushchev and Systemic Development, in: Martin MCCAULEY (Hg.), Khrushchev and Khrushchevism. London 1987, S. 30-45, hier S. 38f.

<sup>76</sup> Vgl. FILTZER (Anm. 17), S. 17-29.

<sup>77</sup> Vgl. BRESLAUER (Anm. 71), S. 51 bzw. S. 68.

<sup>78</sup> So T.H. Rigbys unvergleichliche Formulierung, vgl. RIGBY, Khrushchev (Anm. 50), S. 53.

#### **4.1 Die Auflösung der MTS als Beispiel für den politischen Entscheidungsprozeß unter Chruščev**

Am Beispiel der Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen (Mašinnno-traktornye stanicii, MTS) lassen sich mehrere Elemente des von Chruščev transparenter gemachten politischen Entscheidungsprozesses aufzeigen, die im vorigen Abschnitt genannt wurden. Darüber hinaus ist sie ein hervorragendes Beispiel für die Entstalinisierung jenseits der Dimension des Personenkultes und des stalinschen Terrors, wofür sie schon eine große Beachtung verdient hätte, die sie aber im Schatten des spektakulären Neulandprogramms meines Wissens bedauerlicherweise nicht erlangt hat. Schließlich kann auch hier beobachtet werden, daß eine eigentlich vernünftige und rational begründete Entscheidung unerwartete Konsequenzen nach sich zog, die den gewünschten positiven Effekt zunichte machten.

Die MTS waren Anfang der 30er Jahre parallel zur Kollektivierung eingerichtet worden und sollten durch Mechanisierung dem Staat helfen, die benötigte Getreidemenge zur Ernährung der Stadtbevölkerung zu beschaffen. Die Kolchosen waren zu arm, um landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen, und so verrichteten die MTS die mechanisch durchführbaren Arbeiten auf Vertragsbasis, je eine für mehrere Kolchosen. Bezahlt wurden sie in Naturalien. Doch die MTS hatten noch eine zweite, ebenso wichtige Aufgabe: Sie waren die Kontrollorgane der Partei auf dem Lande und sorgten für Umsetzung und Einhaltung der politischen Linie in den Kolchosen, da die Partei in der Landbevölkerung nur schwach verankert war. Man könnte also mit einigem Recht die MTS als Stalins Arm auf der Kolchose sprechen.

Anfänglich schien Chruščevs Politik dieser Bedeutung der MTS auch Rechnung zu tragen. Die Rolle MTS und der Partei bei der Durchsetzung der Politik auf dem Lande wurde durch die 1953 vorgenommenen Reformen entscheidend gestärkt. Überwachte vor 1953 die Landwirtschaftsabteilung des Rajonsowjets die Umsetzung der Anordnungen aus der Zentrale, so übernahmen diese Aufgabe jetzt der Erste Rajonpartei sekretär und der Zweite Sekretär des Rajkom, der direkt in der MTS den stellvertretenden Direktor für politische Angelegenheiten ersetzte. Die Landwirtschaftsabteilung des Rajonsowjets wurde aufgrund des Verlustes ihrer Funktion aufgelöst. Diese Umgestaltung hatte zwei politische Vorteile für Chruščev: Die Landwirtschaftsministerien wurden ihrer Verbindung zur Basis beraubt und Chruščev wurde zum bestinformierten Politiker in Agrarfragen, da der Informationsfluß auf Parteikanäle umge-

lenkt worden war<sup>79</sup>. Zusätzlich transferierte Chruščev nach 1953 das Recht zur Besetzung der Direktorenposten in den MTS vom Unionsministerium für Landwirtschaft über die Republikministerien auf das Obkom, so daß hier der ausschließliche Einfluß der Partei gewährleistet war<sup>80</sup>.

Gleichzeitig mit der Aufwertung der Partei auf diesem Gebiet wuchs aber auch die Zugriffsmöglichkeit Chruščevs auf die lokalen Parteifunktionäre und die Möglichkeit einer aktiven Personalpolitik: „Within weeks of this reorganization Khrushchev had employed the pretext of agricultural incompetence to effect the removal of a dozen or more *obkom* (District Committee) secretaries and *oblispolkom* (District Executive Committee) chairmen, several of their replacements being Khrushchev protégés of many years’ standing.“<sup>81</sup>

Mit der Zeit kam Chruščev jedoch zu dem Schluß, daß die Rolle der MTS sich von einer nützlichen, ja notwendigen zu einer hinderlichen verändert hatte. Die Zahl der Kolchosen hatte sich durch die Politik der Konsolidierung durch Zusammenlegung verringert, und dieser Trend setzte sich weiter fort, so daß in einigen Gegenden eine MTS eine Kolchose versorgte. Das führte zum experimentellen Verschmelzen von zwölf MTS mit ebensoviel Kolchosen in der Region Stavropol 1957, indem der Kolchosvorsitzende auch zum Direktor der MTS ernannt wurde<sup>82</sup>.

Was aber die Möglichkeit zum Verlassen der experimentellen Basis bot, war die Verankerung der Partei auf dem Lande durch einen fast hundertprozentigen Sättigungsgrad der Kolchosen mit Parteizellen<sup>83</sup>.

Jetzt konnte unter Wahrung der politischen Kontrolle die Produktivität der Landwirtschaft durch rationellere Verwendung der Maschinen und den Abbau eines der lokalen landwirtschaftlichen Verwaltungsapparate erhöht werden. Man mußte nur die MTS auflösen.

Zu diesem Zweck setzte sich ein imposanter Mechanismus in Gang. Zunächst wurden das genannte Verschmelzungsexperiment in der Märznummer eines Journals des Zentralkomitees kommentiert und in stalinscher Argumentationsweise der Gedanke eines Verkaufs von MTS-

<sup>79</sup> Vgl. McCAULEY, *Leader* (Anm. 59), S. 15.

<sup>80</sup> Vgl. YANOV (Anm. 55), S. 163.

<sup>81</sup> Thomas H. RIGBY, *How Strong Is the Leader?* in: *Problems of Communism* 11(1962), H.5, S. 1-8, hier S. 3.

<sup>82</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 86.

<sup>83</sup> Vgl. RIGBY, *Membership* (Anm. 42), S. 330-337. Dieser Sättigungsgrad stieg von 80% 1953 auf fast 100% 1958 im Unionsdurchschnitt bei Extremwerten von 51 auf 100%!

Eigentum an Kolchosen vehement verworfen<sup>84</sup>. Nach der Junikrise jedoch konnte Chruščev die Doppelmitgliedschaft in Sekretariat und Präsidium auf 7 von 15 Präsidiumsmitgliedern erhöhen und seine Position stärken. Eine wahrer publizistischer Konflikt über die Frage der MTS entwickelte in den letzten beiden Monaten des Jahres 1957.

Die Zeitschrift *Oktjabr* veröffentlichte in ihrer Novembernummer einen Artikel von I. Vinničenko in dieser Angelegenheit<sup>85</sup>. Dieser basierte auf einem Interview mit ausgerechnet den beiden Ökonomen, die Stalin 1952 angegriffen hatte wegen ihres Vorschlages, MTS-Eigentum an Kolchosen zu verkaufen. Tatsächlich favorisierte der Autor des Artikels, ausgehend von eigenen Beobachtungen in der Ukraine, die Auflösung der MTS und die Übertragung ihres Maschinenparks an die Kolchosen.

Diesem frisch vorgetragenen Angriff auf stalinsche Dogmen von der Höherwertigkeit der staatlichen über die kollektiven Eigentumsformen wurde von den Konservativen gehörig begegnet: In den Dezemberausgaben der Zeitschriften *Voprosy Ékonomiki* und des Organs für MTS-Angelegenheiten *MTS*, sowie in den Januarnummern des *Oktjabr* und sogar des *Vestnik Moskovskogo Universiteta* erschienen Artikel in denen die alten stalinschen Dogmen verteidigt wurden<sup>86</sup>.

Was zunächst „merely a trial balloon or harbinger of change“<sup>87</sup> hätte scheinen können wirkt aber im Fortlauf der Ereignisse ziemlich bewußt lanciert. Nachdem es Chruščev auf dem Dezemberplenium gelungen war, die Doppelmitgliedschaft noch ein weiteres Mal zu erhöhen, diesmal auf neun, so daß ein einmütiges Sekretariat jederzeit das Präsidium majorisieren konnte, trat er am 26. Dezember vor dem ZK der ukrainischen KP mit einer Rede auf. Hier äußerte er klar den Gedanken, daß sich mit der Weiterentwicklung der sowjetischen Gesellschaft die Rolle der MTS verändert habe. Früher seien sie nötig und nützlich gewesen, jetzt aber seien sie der Steigerung der Produktivität hinderlich. Man solle den Kolchosen die Maschinen übergeben, die sie benötigen<sup>88</sup>.

---

<sup>84</sup> Vgl. LINDEN (Anm. 28), S. 62.

<sup>85</sup> Zum Vinničenko-Artikel vgl. ausführlich: LAZAR VOLIN, *A Century of Russian Agriculture: From Alexander II to Khrushchev*. Cambridge/Mass. 1970, S. 461-463.

<sup>86</sup> Zur Pressedebatte vgl. LINDEN (Anm. 28), S. 63.

<sup>87</sup> VOLIN (Anm. 85), S. 463.

<sup>88</sup> Die Rede ist abgedruckt in: Nikita S. Chruščev, *Stroitel'stvo kommunizma v SSSR i razvitie sel'skogo chozjajstva*. T. 2. Moskva 1962, S. 496-501 und trägt dort den bezeichnenden Titel: *Techniku i zemlju - odnomu chozjajnu*.

Ein weiteres Mal entwickelte Chruščev diese Gedanken fast einen Monat später am 22. Januar 1958 Konferenz von weißrussischen Kolchosaktivisten in Minsk<sup>89</sup>. Er listete alle hier schon genannten Argumente auf, die für die Auflösung der MTS sprachen, wobei die MTS in Reparaturstationen für landwirtschaftliches Gerät umgewandelt werden sollten, und fragte das Publikum: „Sprašivaetsja, ne lučše li mašiny prodat’ kolchozam, pust’ oni sami ispol’zujut tehniki v interesach chozjajstva.“<sup>90</sup> Er berichtete, daß bereits eine Konferenz des ZK mit Rajkomsekretären, Kolchosvorsitzenden und MTS-Direktoren stattgefunden hätte und zeichnete schließlich den weiteren Gang der Entschlußbildung vor: Ein ZK-Plenum solle abgehalten werden, das Thesen für eine allgemeine Diskussion beschließen solle („...opublikuem tezisj dlja vsenarodnogo obsuždenija...“<sup>91</sup>) und schließlich würde der Oberste Sowjet die Frage entscheiden.

Das ZK-Plenum tagte am 25. und 26. Februar 1958 und nahm erwartungsgemäß Chruščevs Vorschlag zur Auflösung der MTS und zum Verkauf ihrer Maschinen an die Kolchosen an: „For all practical purposes this was the end of the story. But several other steps were felt to be necessary by the Soviet leadership to formalize such an important change.“<sup>92</sup>

Zu stark schien das Dogma von der Verschiedenwertigkeit der beiden Eigentumsformen verankert zu sein, als daß Chruščev sich auf seine Machtposition im ZK hätte verlassen können. Um besser vor künftigen Angriffen geschützt zu sein, bedurfte er in dieser Frage der Zustimmung der Bevölkerung. Aufgrund seiner Kenntnis der ländlichen Verhältnisse konnte er sich zumindest der Zustimmung der Kolchosbevölkerung auch einigermaßen sicher sein. Die unionsweit geführte Diskussion der Vorschläge zur Auflösung der MTS enttäuschte Chruščevs Hoffnungen nicht. Sie dauerte vom 1. bis zum 25. März und erreichte ungeheure Ausmaße: Mehr als 49 Millionen Menschen nahmen an über 576000 Veranstaltungen teil, das heißt, ungefähr ein Viertel der Bevölkerung nahm an dieser Diskussion Anteil. Zusätzlich gingen bei den Zeitungen 126000 Artikel und Briefe ein. Auch die Fronten waren in der Debatte recht klar verteilt: „Die Kolchosmitglieder und Kolchosfunktionäre forderten eine möglichst *schnelle und gründliche Auflösung* der MTS, eine Reihe von MTS-Funktionären, Ingenieuren und

---

<sup>89</sup> Diese Rede findet sich ebenda, S. 502-529, wobei der die MTS betreffende Teil die Seiten 520-525 einnimmt.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 522.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 524.

<sup>92</sup> VOLIN (Anm. 85), S. 464.

Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft dagegen *verlangte die Beibehaltung und Stärkung der neuen Reparaturstationen.*<sup>93</sup>

Vielleicht nur ein glücklicher Zufall ist es, daß in die Zeit dieser öffentlichen Diskussion die Wahlen zum Obersten Sowjet fielen. Aus den Wahlreden der Präsidiumsmitglieder geht hervor, daß in diesem Gremium alles andere als ein Konsens in der Frage der MTS herrschte.<sup>94</sup>

Trotzdem verabschiedete der Oberste Sowjet am 31. März 1958 das Gesetz über die Auflösung der MTS. Ihre Maschinen sollten an die Kolchosen verkauft werden, anstelle der etwa 8000 MTS sollten ungefähr 4000 Reparaturstationen eingerichtet werden, die auch für die Versorgung mit Ersatzteilen zuständig sein sollten<sup>95</sup>. Finanzschwache Kolchosen konnten ihre Käufe auf Kreditbasis abwickeln. Der ganze Vorgang der Umstrukturierung sollte schließlich zwei bis drei Jahre dauern.

Mit der Auflösung der MTS wurde die Umsetzung und Kontrolle über die Durchführung zentraler Direktiven wieder an das Rajispolkom übertragen. Das bedeutete zwar, daß die Ministerien ihre Verbindung zur lokalen Ebene wiedererlangten, doch war zu dieser Zeit der Erste Parteisekretär des Rajkom schon der Hauptverantwortliche für die Umsetzung zentraler Direktiven bezüglich der Landwirtschaft. Auch hatte Chruščev seit dem 27. März den Posten des Ministerratsvorsitzenden inne und bildete somit das Haupt von Partei und Staat.<sup>96</sup>

Noch ein paar Worte zu den Problemen, die durch die Auflösung der MTS entstanden<sup>97</sup>: Überhöhte Kaufpreise, die für neuwertige wie gebrauchte Maschinen gleich hoch waren, brachten die Kolchosen in finanzielle Schwierigkeiten, die noch verstärkt wurden durch den von einigen reichen Kolchosen entfachten „Wettbewerb“, die Schulden möglichst schnell zurückzuzahlen. Das überstürzte Tempo der Auflösung (von 7903 MTS Anfang 1958 bestanden Ende des Jahres noch 345<sup>98</sup>) bedingte, daß die Kolchosen kaum Mittel hatten, um Garagen, Treibstofflager und ähnliches zu errichten, geschweige denn um in die Entwicklung der Produktion zu investieren. Weiterhin fehlten qualifizierte Kräfte, da die MTS-Angestellten meist in die Städte abwanderten, um ihren Status als Staatsangestellte nicht gegen den unterprivilegierten des Kolchosmitgliedes eintauschen wollten. Bot man ihnen aber Anreize zum

<sup>93</sup> LEONHARD (Anm. 53), S. 396. Hier auch die Zahlen; ähnliche Angaben bei FISCHER (Anm. 51), S. 51.

<sup>94</sup> Vgl. dazu LINDEN (Anm. 28), S. 65-68.

<sup>95</sup> Vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 92.

<sup>96</sup> Vgl. McCAULEY, *Leader* (Anm. 59), S. 15.

<sup>97</sup> Ausführlich zu diesen Problemen vgl. MEDVEDEV (Anm. 10), S. 87-93.

<sup>98</sup> Vgl. VOLIN (Anm. 85), S. 467.

Verbleib, so war damit zu rechnen, daß auch die Kolchosniki nach Verbesserung ihrer sozialen Lage verlangen würden. Die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen sank nach 1958 aufgrund der fehlenden Kaufkraft der Kolchosen, obwohl diese dringend neuer und modernerer Maschinen bedurft hätten. Die Zahl an Reparaturstationen reichte nicht aus und ihr System arbeitete nicht befriedigend, so daß 1961 Sojuzsel'choztechnika als neue Zentralorganisation gegründet wurde, die aber noch 1964 in weniger als 50% der Fälle den Kolchosen bei den nötigen Reparaturen helfen konnte<sup>99</sup>. Die übrigen Reparaturen wurden unter unzureichenden Bedingungen von den Kolchosen selbst durchgeführt.

All diese Probleme, die durch die übereilte Umsetzung der Reform entstanden waren und gewiß nicht vorhergesehen, ja vielleicht nicht einmal bedacht worden sind, führten zu einem Scheitern der Reform und einem schweren Rückschlag für die Landwirtschaft, der wahrscheinlich auch nicht durch ein forciertes Düngemittelprogramm in kurzer Zeit hätte behoben werden können.

Trotzdem läßt sich an der Vorbereitung zur Entscheidung über die Auflösung der MTS das Zusammenspiel verschiedener Machttechniken Chruščevs exemplarisch aufzeigen: Die Verlagerung eines Konfliktpunktes und der Diskussion darüber aus dem Präsidium in ein breiteres Forum. Die Einbeziehung von Fachleuten in den Entscheidungsprozeß. Die Lancierung einer publizistischen Debatte unter Fachleuten. Die Stärkung der Rolle des Zentralkomitees gegenüber dem Präsidium. Die öffentliche Diskussion innerhalb eines vorher abgesteckten Rahmens, mit der auch Druck ausgeübt werden konnte auf das letztlich beschließende Gremium.

Als einige originär stalinistische Machttechnik, die deshalb separat genannt werden muß, erscheint hier lediglich die Majorisierung des Präsidiums durch das ZK-Sekretariat. Die anderen genannten Machttechniken gehören zum politischen Instrumentarium des „Chruščevismus“.

## 5. Bilanz der Ära Chruščev

Als unbezweifelbare Hauptleistung Chruščevs ist die Entstalinisierung anzusehen, wobei immer zwischen einer engeren und einer weiteren Entstalinisierung im oben definierten Sinne zu unterscheiden ist. Die engere Entstalinisierung bildete zwar die Grundbedingung für eine umfassende Abkehr vom stalinschen System, war aber gleichzeitig ein Mittel chruščevscher

---

<sup>99</sup> Vgl. ebenda, S. 469.

Politik in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern. Belegen läßt sich das durch das Fehlen von Angriffen auf Stalin in der Zeit von 1957 bis 1960, als Chruščev sich auf der Höhe seiner Macht befand. Der progressive Aspekt der weiteren Ent-Stalinisierung ist in dem Bemühen Chruščevs um die Lösung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme der Sowjetunion nach Stalins Tod zu sehen.

Dabei wandelten sich aber die politischen Stärken dieses Mannes mit der Zeit zu politischen Schwächen. Die Techniken, die ihm zur Erlangung der Macht bis zum Juni 1957 verholfen hatten, erwiesen sich als untauglich zur Behauptung seiner Autorität. Diese Machttechniken erlernte er in seiner stalinistischen Sozialisation und konnte sie meisterhaft handhaben, er erwies sich aber als unfähig zur Anpassung an die (durch ihn selbst) geänderten politischen Verhältnisse.

Trotz der Vereinigung der Spitzenpositionen von Partei und Staat in seiner Position konnte Chruščev nie die Machtfülle eines Stalin erlangen. Dies wurde schon verhindert durch die fehlende physische Bedrohung für Funktionäre in Partei und Staat, eines für den Stalinismus konstitutiven Elements. Unter diesen Umständen konnten sich seine ehemaligen Protégés im Präsidium 1964 gegen ihn verschwören, nachdem sie das Vertrauen in Chruščev als politischen Führer verloren hatten und sich durch seine Politik in ihrem Status bedroht sahen. Der drohenden Absetzung durch Präsidium und ZK konnte Chruščev nur noch durch die eigene Abdankung zuvorkommen<sup>100</sup>.

Chruščev bot sich nach Stalins Tod als Agrarspezialist mit Kompetenzen auch auf anderen Gebieten an; seine Macht war daher aber auch immer zu großen Teilen mit den Erfolgen oder Mißerfolgen auf dem Gebiet der Landwirtschaft verknüpft. Dabei mußten diese Ergebnisse nicht einmal Folgen der von Chruščev durchgeführten Reformen sein.

Chruščev verstand es, die Gesellschaft zu mobilisieren, indem er Masseninitiative und ein Klima des allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruchs erzeugte, die aber beim Ausbleiben der versprochenen schnellen Erfolge und mit dem Auftreten der durch die Reformen verursachten Probleme abflauten. Dem versuchte Chruščev nach 1960, als er auch außenpolitisch unter Druck geraten war, mit Reformen der Reformen zu begegnen, die sich durch steigende Unausgegorenheit auszeichneten und im Ergebnis nur zu allgemeiner Konfusion in den staatlichen und den Parteiapparaten führten.

---

<sup>100</sup> Vgl. zu den Umständen von Chruščevs Sturz TOMPSON (Anm. 64).



Fragt man danach, was von Chruščevs Politik und seinen Reformen blieb, so muß man feststellen, daß trotz der Rücknahme vieler Chruščevscher Änderungen, die größtenteils die Administration von Partei und Staat betrafen oder sogar schon unter Chruščev in Vorbereitung waren<sup>101</sup>, erstaunlich viele Elemente des Sowjetsystems, wie es sich unter Chruščev entwickelt hatte, erhalten blieben<sup>102</sup>.

Unangetastet blieb die Priorität der Partei vor anderen Machtsäulen des Sowjetsystems, die von Chruščev wieder eingeführt wurde. Ebenso verfolgte die sowjetische Führung unter Brežnev das Ziel der Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Auch die hervorgehobene Rolle der Ideologie in der Innenpolitik erhielt sich über die nächsten zwei Jahrzehnte. In der Außenpolitik wurde an der unter Chruščev entwickelten Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ weiter festgehalten, der Entspannungsprozeß wurde sogar noch erheblich vorangetrieben. Ja, selbst die relativ autonome Öffentlichkeit als Diskussionsforum, die das Spezifikum Chruščevscher „Demokratie“ ausmachte, wurde auf wissenschaftlich-technischem Gebiet beibehalten. Letztlich gab es auch keine Rückkehrmöglichkeit mehr zu einem Terrorregime stalinischer Prägung.

Unter diesem Blickwinkel scheint, daß weniger der Mißerfolg seiner Reformen zu Chruščevs Sturz beigetragen hat, als die Tatsache, daß die herrschende Elite der Parteifunktionäre, zunächst dankbar für die Befreiung vom stalinschen Terror, in ihm eine Bedrohung für ihren Status und ihre Macht sah.

Chruščev, der „stalinist with a difference“ (Rigby), überwand das stalinistische System und öffnete es für die Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft. Dadurch schuf er die Voraussetzung dafür, daß seine Nachfolger auf dem erreichten Entwicklungsstand verharren konnten. Daß sie dies zu lange taten, verursachte aber schließlich den Zerfall der Sowjetunion.

Markus Piccio  
Kreuzberggring 5  
37075 Göttingen

---

<sup>101</sup> Laut BURLAZKI (Anm. 40), S. 303-304 war der nachchruščevsche Kurs in der Landwirtschaft und der Industrie schon vor dem Oktober 1964 in Vorbereitung.

<sup>102</sup> Vgl. dazu SIMON (Anm. 28) sowie HOUGH/FAINSOD (Anm. 21), S. 237-274.

## Literaturverzeichnis

BRESLAUER, George W., Khrushchev and Brezhnev as Leaders. Building Authority in Soviet Politics. London 1982.

BURLAZKI, Fjodor (Fedor BURLACKIJ), Chruschtschow. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1990.

CHRUŠČEV, Nikita S., Stroitel'stvo kommunizma v SSSR i razvitie sel'skogo chozjajstva. T. 2. Moskva 1962.

COHEN, Stephen F., The Friends and Foes of Change: Reformism and Conservatism in the Soviet Union, in: Slavic Review 38(1979), S. 187-202.

CRUMMEY, Robert O. (Hg.), Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects. Urbana, Chicago 1989.

DALLIN, Alexander; WESTIN, Alan F. (Hg.), Politics in the Soviet Union. 7 Cases. N.Y. u.a. 1966.

DUNMORE, Timothy, The Stalinist Command Economy. The Soviet State Apparatus and Economic Policy 1945-53. London, Basingstoke 1980.

FAINSOD, Merle, Khrushchevism, in: Milorad M. DRACHKOVITCH (Hg.), Marxism in the Modern World. Stanford 1965, S. 108-135.

FILTZER, Donald, The Khrushchev Era. De-Stalinisation and the Limits of Reform in the USSR, 1953-1964 (= Studies in European History). London 1993.

FISCHER, Ruth, Die Umformung der Sowjetgesellschaft. Chronik der Reformen 1953-1958. Düsseldorf 1958.

GARTHOFF, Raymond L., Khrushchev and the Military, in: Alexander DALLIN; Alan F. WESTIN (Hg.), Politics in the Soviet Union. 7 Cases. N.Y. u.a. 1966, S. 243-274.

GILL, Graeme, Khrushchev and Systemic Development, in: Martin McCauley (Hg.), Khrushchev and Khrushchevism. London 1987, S. 30-45.

HODNETT, Grey, Khrushchev and Party-State Control, in: Alexander DALLIN, Alan F. WESTIN (Hg.), Politics in the Soviet Union. 7 Cases. N.Y. u.a. 1966, S. 113-164.

HOUGH, Jerry F.; FAINSOD, Merle, How the Soviet Union is Governed. Cambridge/Mass. 1979.

LEONHARD, Wolfgang, Kreml ohne Stalin. Köln 1959.

LINDEN, Carl A., Khrushchev and the Soviet Leadership 1957-1964. Baltimore 1966.

MCCAULEY, Martin, Khrushchev as Leader, in: DERS.(Hg.), Khrushchev and Khrushchevism. Basingstoke, London 1987, S. 9-29.

DERS., The Soviet Union Since 1917. London, N.Y. 1981.

MEDVEDEV, Roy A.; MEDVEDEV, Zhores A., Khrushchev. The Years in Power. N.Y.1976.

MEDWEDEW, Roy, Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU. Ein kurzer historischer Überblick, in: Reinhard CRUSIUS, Manfred WILKE (Hg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M. 1967, S. 23-49.

MEISSNER, Boris, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961. Köln 1962 (= Dokumente zum Studium des Kommunismus, 1), S. 214 und 240.

MINDE, George F. II; HENNESSEY, Michael, Reform of the Soviet Military under Khrushchev and the Role of America's Strategic Modernization, in: Robert O. CRUMMEY, Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects. Urbana, Chicago 1989, S. 156-181.

NOVE, Alec, An Economic History of the USSR 1917-1991. London <sup>3</sup>1992, S. 334-342.

RIGBY, Thomas H., communist Party Membership in the U.S.S.R. 1917-1967. Princeton 1968.

DERS., How Strong Is the Leader? in: Problems of Communism 11(1962), H.5, S. 1-8.

DERS., Khrushchev and the Rules of the Soviet Political Game, in: Robert F. MILLER, Ferenc FÉHÉR (Hg.), Khrushchev and the Communist World. London u.a. 1984, S. 39-81.

SCHRÖDER, Hans-Henning, „Lebendige Verbindung mit den Massen“. Sowjetische Gesellschaftspolitik in der Ära Chruščev, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34(1986), S. 522-560.

SIMON, Gerhard, Chruščevismus: Wie wandlungsfähig ist das Sowjetsystem?, in: DERS. (Hg.), Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche, Kontinuitäten, Perspektiven. Köln 1987, S. 51-64.

TALBOTT, Strobe (Hg.), Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren. Reinbek 1992.

TAUBMAN, William, Khrushchev and Detente: Reform in the International Context, in: Robert O. CRUMMEY (Hg.), Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects. Urbana, Chicago 1989.

TOMPSON, William J., The Fall of Nikita Khrushchev, in: Soviet Studies 43(1991), S. 1101-1121.

VOLIN, Lazar, *A Century of Russian Agriculture: From Alexander II to Khrushchev*. Cambridge/Mass.1970.

YANOV, Alexander, *In the Grip of the Adversarial Paradigm: The Case of Nikita Khrushchev in Retrospect*, in: Robert O. CRUMMEY (Hg.), *Reform in Russia and the U.S.S.R. Past and Prospects*. Urbana, Chicago 1989, S. 156-181.